

Gottfried Niedhart

Der Ost-West-Konflikt

Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation

I. »ALTE« UND »NEUE« GESCHICHTSSCHREIBUNG

Wo sich hochgerüstete Staaten als Feinde wahrnehmen, aber ihre Konflikte ohne Einsatz der aufgetürmten Waffenarsenale austragen, wo kein Krieg geführt, aber dem Frieden misstraut wird, hat man sich immer wieder mit Umschreibungen zu helfen versucht, die den Zustand des Pseudofriedens oder Semikriegs erfassen sollten. Das revolutionäre Frankreich sah sich Ende 1791 im Zustand des versteckten Kriegs (»guerre sourde«) mit den europäischen Monarchien.¹ Es dauerte nicht lange, bis die Revolutionskriege ganz Europa erfassten. Ende des 19. Jahrhunderts beschrieben Zeitgenossen die zunehmende Konflikthäufung im Zeitalter des Imperialismus mit ähnlichen Bildern. Aus sozialistischer Sicht sprach Eduard Bernstein 1893 von »kalter Kriegführung« und Lord Rosebery wählte sich im selben Jahr als britischer Außenminister in einem »silent war«. Das bald darauf einsetzende maritime Wettrüsten charakterisierte der deutsche Historiker Hans Delbrück 1910 als »trockenen Krieg«.² Was folgte, waren die Kriege, die als Erster und Zweiter Weltkrieg von Europa ausgingen und zugleich sein Ende als Zentrum des internationalen Systems herbeiführten. Hinfort stand die Weltpolitik im Zeichen der konfrontativen Bipolarität der Hauptsiegermächte USA und UdSSR. Ihr Verhältnis entwickelte sich von der antagonistischen Kooperation im Zweiten Weltkrieg zur Feindschaft im Kalten Krieg der Nachkriegszeit. Historisch neu war, dass diese Auseinandersetzung im bilateralen Verhältnis der Supermächte unterhalb der Schwelle zum Krieg blieb. Die »beiden Großen« waren, wie Raymond Aron schon Anfang der 1960er Jahre schrieb, »zugleich Brüder und Feinde«, die »gleichzeitig eine Debatte und einen Kampf miteinander« führten, vor allem aber vom »Willen zur Beschränkung« geleitet wurden.³

Spätere Historiker sprachen für die Jahrzehnte nach 1945 vom »langen Frieden«⁴ im Kalten Krieg oder von der »relativen Stabilität des Dauerkonflikts«.⁵ In Publizistik und wissenschaftlicher Literatur wird »der Krieg, der nicht stattfand«⁶, in der Regel als Kalter

1 So der Girondist Pierre Röderer im Dezember 1791; *Roman Schnur*, Weltfriedensidee und Weltbürgerkrieg 1791 / 92, in: *ders.*, Revolution und Weltbürgerkrieg. Studien zur Ouverture nach 1789, Berlin 1983, S. 11–32, hier: S. 25.

2 Nachweis der Zitate bei *Klaus Hildebrand*, Europäisches Zentrum, überseeische Peripherie und neue Welt. Über den Wandel des Staatensystems zwischen dem Berliner Kongress (1878) und dem Pariser Frieden (1919/20), in: *HZ* Bd. 249, 1989, S. 53–94, hier: S. 58 und 65 f.

3 *Raymond Aron*, Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt am Main 1986, S. 623 und 652. Das französische Original erschien erstmals 1962. Zum Denkansatz Arons *Reed Davis*, An Uncertain Trumpet: Reason, Anarchy and Cold War Diplomacy in the Thought of Raymond Aron, in: *Review of International Studies* 34, 2008, S. 645–668.

4 *John L. Gaddis*, The Long Peace: Elements of Stability in the Postwar International System, in: *ders.*, The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War, New York / Oxford 1987, S. 215–245 und S. 295–302.

5 *Jost Dülffer*, »Self-Sustained Conflict« – Systemerhaltung und Friedensmöglichkeiten im Ost-West-Konflikt 1945–1991, in: *Corinna Hauswedell* (Hrsg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 33–60, hier: S. 51.

6 *Wilfried Loth*, Der Krieg, der nicht stattfand. Ursprünge und Überwindung des Kalten Krieges, in: *Bernd Wegner* (Hrsg.), Wie Kriege entstehen, Paderborn 2000, S. 285–298.

Krieg bezeichnet, ein Terminus, der 1947 in den USA in Umlauf kam.⁷ In der Sowjetunion wurde zunächst von zwei Lagern gesprochen, dem »imperialistischen antidemokratischen Lager« des Westens und dem »antiimperialistischen und demokratischen Lager«, das sich unter Führung der Sowjetunion im Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) organisierte.⁸ Einige Zeit danach trat der Begriff »Kalter Krieg« auch im sowjetischen Machtbereich seinen Siegeszug an.⁹ Kennzeichnend für die von Publizisten, Politikern und Diplomaten vorgetragene zeitgenössische Deutung des Konflikts war, dass sein Verursacher auf der jeweils anderen Seite ausgemacht wurde. Erste von Historikern und Politikwissenschaftlern vorgelegte zeitgeschichtliche Darstellungen waren davon nicht ausgenommen. Die Literatur über den Kalten Krieg war und blieb »ein Bestandteil des Konflikts selbst«. ¹⁰ Seit den 1960er Jahren wurde die Kriegsschuldfrage in »revisionistischen« beziehungsweise »postrevisionistischen« Wellen der Forschung unterschiedlich beantwortet.¹¹ Prägend aber blieb, dass Erkenntnis und Interesse vielfach unkontrolliert vermengt wurden.

Wie nicht anders zu erwarten war, blieb die historische Forschung auch nach dem Ende des Konflikts 1989/90 vielfach perspektivisch verengt. Zwar war die Geschichte im Hinblick auf die Beilegung der Auseinandersetzung nicht mehr »das Feld der Möglichkeiten«. Aber an der »Fülle der Möglichkeiten der Deutung« hatte sich nichts geändert.¹² Was sich allerdings änderte, waren die Arbeitsbedingungen der Historiker. In westlichen Ländern profitierte die Forschung schon seit Längerem von der Jahr um Jahr voranschreitenden Freigabe von staatlichen Akten, auch wenn in einigen Ländern, die Bundesrepublik eingeschlossen, das Tempo der Deklassifizierung von mit dem Geheimstempel versehenen Akten zu wünschen übrig lässt. Hinzu kommen die Nachlässe und Deposita von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Publizistik und Kultur. Gänzlich neue Impulse erhielt die Forschung durch die Öffnung von Archiven im ehemaligen »Ostblock«. Dass es sich dabei nicht um einen zentral gesteuerten monolithischen Block handelte, war schon vor der Auflösung des Warschauer Pakts kein Geheimnis. Das ganze Ausmaß der blockinternen Differenzen konnte aber erst beschrieben werden, nachdem Staats- und Parteiarchive, wenn auch nicht durchgehend mit derselben Liberalität und besonders restriktiv ge-

7 Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991*, München 2007, S. 14 f.

8 Die Lagebeurteilung wurde anlässlich der Gründung des Kominform Ende September 1947 vom sowjetischen Delegationsleiter vorgetragen: *Andrej Shdanow*, Über die internationale Lage, in: Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen Ende September 1947, Moskau 1948, S. 16–46, hier: S. 24. TASS verbreitete den Text am 30.9.1947: *Keesings Archiv der Gegenwart* 16/17, 1946/47, S. 1210–1213, hier: S. 1210; vgl. auch *Wilfried Loth*, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, erw. Neuausg., München 2000, S. 186 f.

9 *Stefan Wiederkehr*, Die Verwendung des Terminus »Kalter Krieg« in der Sowjetunion und Russland. Ein Indikator für den historischen Wandel der marxistisch-leninistischen Ideologie und ihrer Überwindung, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 7, 2003, S. 53–83, hier: S. 55 ff.

10 *Wilfried Loth*, Der »Kalte Krieg« in der historischen Forschung, in: *Gottfried Niedhart* (Hrsg.), *Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917*, Paderborn 1983, S. 155–175, hier: S. 155.

11 Dazu die Skizze bei *Fred S. Oldenburg*, *Der Kalte Krieg – Meistererzählungen*, in: *AfS* 48, 2008, S. 725–753, hier: S. 729 f. Ausführlicher *Jost Dülffer*, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991*, München 2004, S. 124 ff.

12 *Carl Friedrich von Weizsäcker*, *Wahrnehmung der Neuzeit*, München 1985, S. 231 f.: »Die Geschichte ist das Feld der Möglichkeiten. Für den Historiker, der sie nacherlebend noch einmal vollzieht, ist sie in der Fülle der Möglichkeiten der Deutung noch einmal das Feld der Möglichkeiten.«

handhabt im Fall Russlands¹³, für die internationale Forschung zugänglich geworden waren.¹⁴

Auch organisatorisch ist die Historiografie zum Ost-West-Konflikt in eine neue Phase eingetreten. Internationale Konferenzen und Projekte haben zur Bildung einer eigenen *academic community* geführt, deren *lingua franca* das Englische ist. Zu den Einrichtungen, die durch einschlägige Workshops, Konferenzen und Publikationen hervorgerufen sind, gehören seit Längerem das »Cold War International History Project« am Woodrow Wilson International Center in Washington und das »Parallel History Project on Cooperative Security«, das organisatorisch am Center for Security Studies der ETH Zürich verankert ist.¹⁵ Wichtige Impulse kommen vom »Cold War Studies Program« an der Harvard University¹⁶, vom Cold War Studies Centre an der London School of Economics¹⁷, vom interuniversitären Machiavelli Centre for Cold War Studies (CIMA) in Italien¹⁸, vom Nobel-Institut in Oslo, vom Institut für Zeitgeschichte an der Akademie der Wissenschaften in Prag oder vom National Security Archive in Washington. Im Folgenden wird deutlich werden, welche Entwicklung das globale Forschungsnetzwerk in den letzten Jahren genommen hat und an welchen Orten die wichtigsten Netzwerker zu finden sind.

Mehr und mehr versteht sich die Forschung zum Ost-West-Konflikt als internationale Geschichte mit breit gefächertem Themenspektrum. Zwar überwiegen Arbeiten mit politikgeschichtlicher Ausrichtung und einer Konzentration auf staatliches Handeln, die den Ost-West-Konflikt als Macht- und Systemkonflikt abbilden. Doch ist nicht zu übersehen, dass auch andere Felder in den Blick rücken, auf denen der Konflikt ausgetragen wurde und in denen er sich niedergeschlagen hat. Dies führt zunehmend zu Studien, die unser Verständnis vom ost-westlichen Ringen um die angemessene Verfasstheit moderner Gesellschaften und wirtschaftlicher Ordnungen erweitert. Das Spektrum der Themen entspricht der Vielgestaltigkeit der Auseinandersetzung. Begonnen hatte der Kampf um die Gestaltung der Moderne im Moment ihrer Entstehung, als sich im Zeitalter der »demokratischen Revolution«¹⁹ und im Zuge der Industriellen Revolution die Welt des Ancien Régime auflöste. Liberale und sozialistische Entwürfe waren es, die im 19. Jahrhundert Visionen einer künftigen besseren Welt entwickelten. Die Staatenwelt des 20. Jahrhun-

13 Markus Wehner, *Gescheiterte Revolution*. In Russlands Archiven gehen die Uhren rückwärts, in: *Osteuropa* 59, 2009, H. 5, S. 45–58.

14 Wie sich im Rahmen eines vom Verfasser zusammen mit Oliver Bange geleiteten und von der Volkswagenstiftung finanzierten Projekts »Entspannung und KSZE in Europa: Die Staaten des Warschauer Pakts und die Bundesrepublik Deutschland in wechselseitiger Wahrnehmung und Annäherung 1966–1975« zeigte, verhalf dies wiederum manchen Kollegen in Ostmittel- und Südosteuropa dazu, erfolgreich auf die Freigabe von Archivmaterial zu dringen. Beteiligt an dem Projekt waren Jordan Baev (Sofia), Csaba Békés (Budapest), Alexei Filitov (Moskau), Wanda Jarzabek (Warschau), Carmen Rijnoveanu (Bukarest), Svetlana Savranskaya (Washington), Oldřich Tůma (Prag). Eine Publikation des Projekts unter dem Titel »Détente in Europe. Ostpolitik and Warsaw Pact Reactions, 1966–1975« in der »Harvard Cold War Studies Book Series« ist in Vorbereitung. Vorerst: *Oliver Bange/Gottfried Niedhart* (Hrsg.), *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008.

15 URL: <<http://www.wilsoncenter.org>> und <<http://www.php.isn.ethz.ch>> [8.7.2010].

16 Hier gibt Mark Kramer die seit 1999 erscheinende Zeitschrift »Journal of Cold War Studies« (JCWS) und die »Harvard Cold War Studies Book Series« heraus.

17 Odd Arne Westad und Michael Cox betreuen die »Cold War History Series« und gehören zu den Herausgebern der seit 2000 erscheinenden Zeitschrift »Cold War History« (CWH).

18 CIMA (Centro interuniversitario Machiavelli) ist eine 2001 gegründete Kooperation zwischen Historikern verschiedener italienischer Universitäten, URL: <<http://www.Machiavellilcenter.net>> [8.7.2010].

19 R. R. Palmer, *Das Zeitalter der demokratischen Revolution*. Eine vergleichende Geschichte Europas und Amerikas von 1760 bis zur Französischen Revolution, Frankfurt am Main 1970.

derts wurde davon erfasst, als 1917 mit Moskau eine zweite »Stadt auf dem Berge«²⁰ entstand und damit den zivilreligiösen Monopolanspruch Washingtons, »City upon a Hill« zu sein²¹, infrage stellte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit den USA und der Sowjetunion als Hauptsiegermächten und zugleich Rivalen bei der Einrichtung der Nachkriegsordnung verband sich der ideologische Antagonismus mit Machtansprüchen und der Perzeption von Bedrohung und Bedrohtsein. Infolge dieser Mischung konnten alle Politikfelder und Lebensbereiche im Lichte der säkularen Konfrontation gesehen werden. Auf die totalen Weltkriege in der ersten Hälfte folgte die Totalität des »kalten Weltkriegs«²² in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es ist nur konsequent, wenn die neuere Forschung darum bemüht ist, die verschiedenen Dimensionen dieser Totalität zu erfassen.

Ältere und neuere Forschung stimmen darin überein, dass sie zwei zentrale Themenkomplexe kennen. Die Aufmerksamkeit richtet sich zum einen auf die Begründung des Konflikts, zum anderen auf seine Wirkung. Untersuchungen zur Begründung erörtern ideologische Prämissen und Definitionen von nationalen Interessen und deren Sicherung. Studien zur Wirkung des Konflikts behandeln die Form des Konfliktaustrags in bestimmten Phasen, Bereichen und Räumen.²³ Die neuere Forschung, die international als »new Cold War history« firmiert²⁴, zeichnet sich dadurch aus, dass eine zunehmende Ausdifferenzierung im Hinblick auf die Periodisierung des Ost-West-Konflikts und seine politischen und gesellschaftlichen Akteure stattfindet und dass in der Regel ein multiarchivalischer und multiperspektivischer Ansatz angestrebt wird. Was die Phasen und Verlaufsformen des Konflikts angeht, wird diskutiert, ob der Begriff des Kalten Kriegs geeignet ist, als übergreifende Epochenbezeichnung zu dienen.²⁵ Wo das Ost-West-Verhältnis nicht nur als Konfrontation beschrieben werden kann, sondern auch als interaktive ost-westliche Beziehungsgeschichte, stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit kommunikativen Handelns.²⁶

20 Matthäus Evangelium 5, 14: »Ihr seid das Licht der Welt. Es kann die Stadt, die auf einem Berge liegt, nicht verborgen sein.«

21 Dazu Kurt R. Spillmann, *Amerikas Ideologie des Friedens. Ursprünge, Formwandlungen und geschichtliche Auswirkungen des amerikanischen Glaubens an den Mythos von einer friedlichen Weltordnung*, Bern 1984, S. 41 ff.

22 Detlef Junker, *Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges?*, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, S. 19–31, hier: S. 31.

23 Immer noch grundlegend Werner Link, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, 2., überarb. und erw. Aufl., Stuttgart 1988 (zuerst 1980).

24 Für nützliche Bestandsaufnahmen Odd Arne Westad (Hrsg.), *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*, London/Portland 2000; Saki R. Dockrill/Geraint Hughes (Hrsg.), *Palgrave Advances in Cold War History*, Basingstoke/New York 2006; Ruud van Dijk/William Glenn Gray/Svetlana Savranskaya u. a. (Hrsg.), *Encyclopedia of the Cold War*, 2 Bde., New York/London 2008; Bernd Greiner, *Kalter Krieg und »Cold War Studies«*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* 2010, URL: <http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies> [8.7.2010]. Siehe auch Heft 2 von CWH 8, 2008, das »national and international approaches to teaching and research in Cold War history« am Beispiel von Deutschland (Jost Dülffer), Italien (Antonio Varsori), Skandinavien (Thorsten B. Olesen), der Schweiz (Andreas Wenger/Christian Nuenlist), Großbritannien (Michael F. Hopkins), USA (Hope M. Harrison) und dem ehemaligen Jugoslawien (Ljubodrag Dimić) enthält.

25 Silvio Pons/Federico Romero (Hrsg.), *Reinterpreting the End of the Cold War. Issues, Interpretations, Periodizations*, London/New York 2005.

26 Vgl. etwa Gottfried Niedhart, *Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt*, in: Hauswedell, *Deeskalation*, S. 99–114; Wilfried Loth, *Die sowjetische Führung, Michail Gorbatschow und das Ende des Kalten Krieges*, in: ebd., S. 129–146; aus politikwissenschaftlicher Sicht: Mathias Albert/Oliver Kessler/Stephan Stetter, *On Order and Conflict. International Relations and the »Communicative Turn«*, in: *Review of International Studies* 34, 2008, S. 43–67.

Wendet man sich den Bereichen und Ebenen zu, in denen und auf denen der Konflikt ausgetragen wurde, so handelt es sich um ein Forschungsfeld, wo eine in der älteren Forschung noch unbekanntes Themenvielfalt zu konstatieren ist. Wie schon erwähnt machen Studien zum staatlichen Handeln und zu Wahrnehmungsmustern politischer und militärischer Eliten nach wie vor den Löwenanteil aus, was nicht überraschen kann und auch angemessen ist, erfolgen doch auf dieser Ebene die ausschlaggebenden Weichenstellungen und wird hier über Frieden und Krieg, Leben und Tod entschieden. Wie hingegen Politik mit Wirtschaft und Technologie, Kultur und Wissenschaft, öffentlichen Diskursen und Propaganda verzahnt ist, wollen Historiker wissen, die für eine erweiterte Forschungsstrategie plädieren.²⁷ Neben den nationalstaatlichen kommen supra- und transnationale Akteure sowie nichtstaatliche Organisationen, Interessengruppen und soziale Bewegungen stärker in den Blick.²⁸ Was schließlich den Raum angeht, in dem der Ost-West-Konflikt ausgetragen wurde, so bleibt das globale Ringen der Supermächte um die »Seele der Menschheit«²⁹ von Bedeutung. Zunehmend wird indes der Verlauf des Konflikts auf regionalen Schauplätzen wie Europa, dem Nahen und Mittleren Osten oder Ostasien mit der Volksrepublik China als aufsteigender Macht behandelt.³⁰

27 Grundsätzlich dazu *Odd Arne Westad*, *The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigms*, in: *Diplomatic History* 24, 2000, S. 551–565; für einzelne Aspekte, um nur wenige Beispiele zu nennen, siehe etwa *Volker R. Berghahn*, *America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone between Philanthropy, Academy and Diplomacy*, Princeton, NJ 2001; *Giles Scott-Smith/Hans Krabbendam* (Hrsg.), *The Cultural Cold War in Western Europe 1945–1960*, London 2003; *Patrick Major/Rana Mitter* (Hrsg.), *Across the Blocs: Cold War Cultural and Social History*, London 2004; *Marc J. Selverstone*, *Constructing the Monolith. The United States, Great Britain and International Communism 1945–1950*, Cambridge/London 2009; *Frank Schumacher*, *Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland 1945–1955*, Trier 2000; *David C. Engerman*, *Know Your Enemy. The Rise and Fall of America's Soviet Experts*, Oxford 2009; *Jessica C. E. Gienow-Hecht*, *Cold War*, in: *Akira Iriye/Pierre-Yves Saunier* (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History*, Basingstoke 2009, S. 174–177; *Uta Andrea Balbier*, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950–1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn 2007; *Corinna Hauswedell*, *Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren*, Baden-Baden 1997; *Karsten Rudolph*, *Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991*, Frankfurt am Main 2004; *Christiane Fritsche*, *Schaufenster des »Wirtschaftswunders« und Brückenschlag nach Osten: Westdeutsche Industriemessen und Messebeteiligungen im Kalten Krieg (1946–1973)*, München 2008; *Susanna Schrafstetter/Stephen Twigge*, *Avoiding Armageddon. Europe, the United States and the Struggle for Nuclear Nonproliferation 1945–1970*, Westport, CT 2004.

28 Dazu etwa die dem Thema »West-Ost-Verständigung im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den 1960er Jahren« gewidmeten Beiträge in: *AfS* 45, 2005; ferner *Matthew Evangelista*, *Unarmed Forces. The Transnational Movement to End the Cold War*, Ithaca 1999; *Jeremi Suri*, *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge, MA 2003; *Benjamin Ziemann* (Hrsg.), *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War*, Essen 2008; für eine transnationale Gesellschaftsgeschichte des Kalten Kriegs plädieren *Klaus Gestwa/Stefan Rohdewald*, *Verflechtungsstudien. Naturwissenschaft und Technik im Kalten Krieg*, in: *Osteuropa* 59, 2009, H. 10, S. 5–14. Es handelt sich um den Einführungsbeitrag zu einem Themenheft der Zeitschrift: »Kooperation trotz Konfrontation. Wissenschaft und Technik im Kalten Krieg«.

29 *Melvyn P. Leffler*, *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union and the Cold War*, New York 2007; vgl. auch *Odd Arne Westad*, *The Global Cold War. Third World War Intervention and the Making of Our Times*, Cambridge 2006.

30 Zu nennen sind etwa die aus einer langjährigen Forschungskoooperation hervorgegangenen Bände *Antonio Varsori / Elena Calandri* (Hrsg.), *The Failure of Peace in Europe, 1943–1948*, Basingstoke/New York 2002; *Saki Dockrill/Robert Frank/Georges-Henri Soutou* u. a. (Hrsg.),

II. SYNTHESSEN, LÄNGSSCHNITTE UND MOMENTAUFNAHMEN

Wie jede Geschichtsschreibung steht auch die Forschung zum Ost-West-Konflikt vor der Herausforderung, eindimensionale Darstellungen zu vermeiden, und zugleich unter dem unaufhebbaren darstellerischen Zwang, Fokussierungen vorzunehmen und Wirkungszusammenhänge zu verkürzen. Autoren von Monografien, wie sie im Folgenden vorgestellt werden sollen, können daran gemessen werden, wie sie die Spannung zwischen der von ihnen gewählten Perspektive und der grundsätzlichen Forderung nach Multiperspektivität reflektieren. Herausgeber von Sammelbänden und Handbüchern müssen sich fragen lassen, ob sie an alle Zugänge gedacht haben, die ihr Untersuchungsgegenstand aufweist. Multiperspektivität bedeutet, das ganze Bündel von innerstaatlichen und internationalen Bedingungsfaktoren für politisches Handeln auf angemessene Weise im Blick zu haben³¹, und das System politisch-ideologischer Orientierungen, sozioökonomischer Strukturen und kultureller Dispositionen in der Interdependenz seiner Ebenen sichtbar zu machen.

Auch bei Anlegung strenger Maßstäbe verdienen Melvyn P. Leffler und Odd Arne Westad als Herausgeber der dreibändigen *Cambridge History of the Cold War* große Anerkennung.³² Das 2001 konzipierte Projekt, dessen Fertigstellung seit Längerem mit Spannung erwartet wurde, vereinigt mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den englischsprachigen Raum und der dort publizierten Literatur 73 Autoren aus 18 Ländern. Überwiegend handelt es sich um Historiker, doch sind ihnen auch einige Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler an die Seite gestellt. Der Anspruch der Herausgeber, die zu den hervorragend ausgewiesenen Kennern der Materie gehören, ist umfassend. Im Vorwort sprechen sie von einem »comprehensive, systematic, analytic overview«. Darunter verstehen sie eine thematisch breit angelegte und methodisch ausdifferenzierte Analyse der rund vier Jahrzehnte umfassenden Epoche des »Cold War«. Angestrebt wird eine *histoire totale*, die international vergleichend die oben erwähnten Trends der neueren Historiografie widerspiegeln soll.

Die Dreiteilung des Gegenstands in entsprechende Bände folgt dem Ablauf des Konflikts mit den üblichen Zäsuren von 1962 und 1975. Dabei lassen sich die Herausgeber vom jeweiligen Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bestimmen und stellen die Bipolarität des Konflikts mit entsprechenden Beiträgen zur regionalen und globalen Rivalität der Supermächte in den Mittelpunkt. Über 30 Beiträge gelten ausschließlich den USA und der Sowjetunion oder ihren bilateralen Beziehungen. Unvermeidlicherweise

L'Europe de l'Est et de l'Ouest dans la Guerre froide, 1948–1953, Paris 2003; *Wilfried Loth* (Hrsg.), *Europe, Cold War and Coexistence, 1953–1965*, London 2004; *Wilfried Loth/Georges-Henri Soutou* (Hrsg.), *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–75* (Cold War History Series, Bd. 20), Routledge, London/New York 2008, 251 S., geb., 160,00 \$. Die Publikation eines letzten Bandes über internationales System und Sicherheit in Europa zwischen 1975 und 1990 wird von Georges-Henri Soutou vorbereitet. Vgl. zum Nahen und Mittleren Osten *Jamil Hasanli*, *At the Dawn of the Cold War. The Soviet-American Crisis over Iranian Azerbaijan, 1941–1946*, Lanham 2006; *Nigel J. Ashton* (Hrsg.), *The Cold War in the Middle East: Regional Conflict and the Superpowers, 1967–1973*, New York 2007; *Barin Kayaoglu*, *Strategic Imperatives, Democratic Rhetoric: The United States and Turkey, 1945–52*, in: CWH 9, 2009, S. 321–345; vgl. zu China *Chen Jian*, *Mao's China and the Cold War*, Chapel Hill 2001.

31 In diese Richtung geht auch, allerdings mit dem nicht eingelösten Anspruch, eine theoriegeleitete Fundierung für historische Analysen bereitgestellt zu haben, *Maarten van Alstein*, *The Meaning of Hostile Bipolarization: Interpreting the Origins of the Cold War*, in: CWH 9, 2009, S. 301–319.

32 *Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad* (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1: *Origins*, 643 S.; Bd. 2: *Crisis and Détente*, 662 S.; Bd. 3: *Endings*, 694 S., Cambridge University Press, Cambridge 2010, geb., 275,00 £.

se spielen die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen beiden Supermächte in alle Bereiche hinein, doch tendieren manche Autoren dazu, die ost-westlichen Gegensätze vorrangig am amerikanischen beziehungsweise sowjetischen Fall festzumachen. Als weitere nationalstaatliche Akteure finden für bestimmte Phasen Großbritannien, Frankreich, die Volksrepublik China, Japan und Kuba mit eigenen Artikeln Beachtung. Abhandlungen zu unterschiedlichen Sektoren, die nicht immer einem Zeitabschnitt allein zugeordnet werden können (wie zum Beispiel zu Ideologie und Intellektuellendiskursen, zu Propaganda, Wissenschaft oder Kultur, zu Sozialstrukturen und Weltwirtschaft), finden sich vor allem im zweiten und dritten Band. Alle Aufsätze sind durch ein umfangreiches Register untereinander verzahnt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Regionen, in denen der Ost-West-Konflikt ausgetragen wurde. Dabei nimmt Europa, wo sich die Lager Auge in Auge gegenüberstanden, einen breiten Raum ein, angefangen beim Marshallplan und bei der Sowjetisierung Osteuropas über die europäische Integration im Westen und die Erschütterungen der 1960er und 1970er Jahre in Osteuropa bis hin zum Beitrag der Europäer zur Überwindung der Teilung ihres Kontinents. Der deutschen Frage wird explizit in zwei Beiträgen zur Teilung des Landes beziehungsweise zur Vereinigung von Bundesrepublik und DDR vier Jahrzehnte später nachgegangen. Die Brücke zwischen der Teilung im Kalten Krieg und der Herstellung der Einheit am Ende des Ost-West-Konflikts in Gestalt der »neuen« Ostpolitik und des KSZE-Prozesses wird nicht mit eigenen Beiträgen bedacht, aber in einer abgewogenen Interpretation der Détente in Europa zwischen 1962 und 1975 angesprochen.

So zentral der alte Kontinent für die Entfaltung und vor allem für das Ende des Konflikts auch war, die Herausgeber haben mit Recht Wert darauf gelegt, jeglichen Anschein von Europazentrik zu vermeiden. Schließlich entstand eine frühe Bruchstelle der Anti-Hitler-Koalition, die in Jalta noch einmal zu einem Konsens gelangt zu sein schien, im Nahen und Mittleren Osten und im Mittelmeerraum, als die Sowjetunion es dem Westen gleich tun wollte und 1945/46 an verschiedenen Punkten expansiv auftrat. Als weitere Regionen, wo die Interessen der Hauptsiegerm chte des Zweiten Weltkriegs zu je verschiedenen Zeitpunkten aufeinanderprallten, werden der Balkan, Südostasien, Mittelamerika und das südliche Afrika hervorgehoben. Der Koreakrieg und die Kubakrise werden gesondert behandelt. Auch die Implikationen der Dekolonisation und die Bedeutung der »Dritten Welt« als Arena des ost-westlichen Weltkonflikts werden beleuchtet.

Mit diesem Werk liegt wieder einmal eine Cambridge History als groß angelegte Synthese der Forschung vor.³³ Es dürfte lange dauern, bis sie als Meilenstein in Forschung und Lehre ihre Orientierungsfunktion verliert, und es ist zu hoffen, dass bald eine weniger kostspielige Paperbackausgabe auf den Markt kommt. In der Regel handelt es sich nicht um Texte, die zur ersten Einführung in die jeweiligen Themen geeignet sind. Die Autoren wollten kein Kompendium vorlegen, das den Benutzer von Ereignisgeschichte über Quellenkunde bis zu analytisch angelegter Begriffsbildung an die Hand nimmt. Am meisten wird der bereits kundige Leser profitieren. Zu jedem Kapitel wird eine Auswahlbibliografie geliefert, wobei sich allerdings bemerkbar macht, dass das Unternehmen eine lange Entstehungszeit hatte. Manchen Literaturangaben sieht man an, ab wann sie nicht mehr ergänzt wurden.

R hmenswert ist, dass den Autoren alle Freiheit gelassen wurde, ihre Forschungspositionen zu vertreten. An die Stelle von dominanten Denkschulen und Deutungen ist die Vielfalt internationaler Geschichte getreten. Dies wird nicht zuletzt deutlich, wenn man den programmatisch formulierten Einleitungsbeitrag von Westad über »Cold War and the International History of the Twentieth Century« liest, wo von der Verschränkung von Po-

33 Der Bogen spannt sich von der Cambridge Modern History (1902–1911) bis zur Cambridge History of Christianity (2009) oder der Cambridge Economic History of Modern Europe (2010).

litik- und Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologie-, Ideen- und Kulturgeschichte die Rede ist und gefordert wird, den Kalten Krieg im Kontext des 20. Jahrhunderts unter Einschluss der beiden Weltkriege zu verorten. Das bedeutet, dass Themen wie Sicherheitspolitik und Wettrüsten, die traditionellerweise im Vordergrund gestanden haben, in ihrem Stellenwert herabgestuft werden und verstärkt nach der globalen Dynamik wirtschaftlicher und kultureller Faktoren und ihrer Bedeutung für den Verlauf und den Ausgang des Ost-West-Konflikts gefragt wird. Ob die Weltgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tatsächlich primär als Epoche des Kalten Kriegs gedeutet werden kann, bleibt eine offene Frage. So sehr es sich um einen welt*politisch* zentralen Konflikt handelte, welt*historisch* ist er seit den 1970er Jahren im Vergleich zu anderen Konflikten und Problemlagen wie Nord-Süd-Konflikt, innergesellschaftlichen und innenpolitischen Spannungen weltweit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Ressourcenverknappung oder Umweltschäden in den Hintergrund getreten. Anders formuliert: Je länger der Ost-West-Konflikt andauerte, desto weniger war die Ost-West-Konfrontation für Politik und Gesellschaft der zentrale Referenzpunkt. Was für die ›langen‹ 1950er Jahre Geltung hatte, erfuhr seit der Wende zur Ost-West-Entspannung eine Relativierung.

Ebenfalls mehrbändig ist ein Unternehmen des Hamburger Instituts für Sozialforschung angelegt. In einer seit 2003 laufenden Serie von Konferenzen zum Rahmenthema »Zwischen totalem Krieg und kleinen Kriegen. Studien zur Gesellschaftsgeschichte des Kalten Kriegs« sind Themen behandelt worden, die einen frischen Blick – hier Gesellschaftsgeschichte genannt, ohne allerdings den Begriff zu definieren³⁴ – auf den Verlauf des Ost-West-Konflikts ermöglichen sollen. Bisher liegen drei Bände vor, von denen der erste die Gleichzeitigkeit von Kriegsvermeidung in der direkten Konfrontation der Supermächte und der von ihnen geführten Blöcke in der nördlichen Hemisphäre einerseits und den über 150 Kriegen mit rund 20 Millionen Toten auf der südlichen Halbkugel andererseits behandelt.³⁵ Es versteht sich, dass damit nicht die geografische Zuordnung gemeint ist, sondern die Differenz zwischen der industriell und militärisch hoch entwickelten und gerüsteten Welt des Nordens und dem weniger entwickelten Rest der Welt, auch wenn große Teile davon auf der Nordhalbkugel liegen. Zwischen den heißen Kriegen im Süden und der kalten Konfrontation im Norden, so der einführende Beitrag von Robert J. McMahon, bestand insofern ein »deutlicher« Zusammenhang, als der »Kalte Krieg in fast jedem großen Konflikt in der Dritten Welt präsent« war.³⁶ Der Epoche des Imperialismus vergleichbar, als die Europäer zur Aufteilung der Welt schritten, waren es jetzt, als diese sich mit nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und Kolonialkriegen konfrontiert sahen, die USA und die Sowjetunion, die – beginnend 1946 mit der Krise im Iran und im östlichen Mittelmeerraum – das Eindringen des weltpolitischen Kontrahenten in Ländern oder Regionen der ›Dritten Welt‹ verhindern wollten und zu diesem Zweck die ihnen genehme Seite finanziell und militärisch unterstützten oder im Einzelfall letztlich auch selbst intervenierten. Die 13 Fallstudien zu zwischen 1945 und 1989 vornehmlich in

34 An anderer Stelle heißt es dazu, es gehe um ein »erweitertes Verständnis von Politik«. Der Kalte Krieg solle »auch als Gesellschaftsgeschichte jenseits diplomatischer und militärischer Domänen geschrieben« werden. Bernd Greiner, Zwischenbilanzen zum Kalten Krieg, in: Mittelweg 36 16, 2007, H. 3, S. 51–58, hier: S. 58.

35 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg (Studien zum Kalten Krieg, Bd. 1), Hamburger Edition, Hamburg 2006, 514 S., geb., 35,00 €. Der Band dokumentiert die zweite der Hamburger Konferenzen zum Kalten Krieg, die 2004 stattgefunden hat. Die erste Tagung fand im Jahr zuvor unter dem Titel »War der Kalte Krieg ein Krieg? Kriegs- und Kriegerbilder im Wandel« statt und blieb unveröffentlicht. Gedruckt liegt nur der Einführungsvortrag vor: Dieter Senghaas, War der Kalte Krieg ein Krieg? Realitäten, Phantasien, Paradoxien, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 31, 2003, S. 303–322.

36 Robert J. McMahon, Heiße Kriege im Kalten Krieg, in: Greiner/Müller/Walter, Heiße Kriege, S. 16–34, hier: S. 16.

Asien und Afrika ausgetragenen Regional-, Grenz- und Bürgerkriegen – darunter so prominente Beispiele wie die Kriege in Korea und Vietnam – machen freilich deutlich, dass diese Konflikte nur unzureichend mit dem Begriff »Stellvertreterkrieg« zu erfassen sind und spezifische lokale Ursachen hatten, die erst im Laufe des Konflikts, dann aber um so nachhaltiger in die Mühlen der Ost-West-Auseinandersetzung gerieten. Im Unterschied zu Europa, wo bis in die 1960er Jahre die Bipolarität der Supermächte das Bild des Ost-West-Konflikts prägte, ehe mit der Entspannungspolitik auch Züge von Multipolarität zu beobachten waren, zeichnete sich die globale außereuropäische Auseinandersetzung von Anfang an durch Polyzentrismus und relativen Handlungsspielraum lokaler Mächte und Entscheidungsträger aus.

Entscheidend für die Art und Weise, wie sich der Ost-West-Konflikt in den auf den Zweiten Weltkrieg folgenden heißen Kriegen niederschlug, war die Tatsache, dass die ideologisch und militärisch bestimmenden Führungsmächte nicht in eine offene militärische Auseinandersetzung gerieten. Dass dazu auch glückliche Umstände beitrugen und wir »noch einmal davongekommen« sind³⁷, will der zweite Band der Hamburger Studien zum Kalten Krieg zeigen, in dem es um 14 Krisensituationen geht, angefangen mit dem Koreakrieg über die Berlin- und Kubakrisen 1958/1962 und die Nahostkrise 1973 bis hin zu den Krisen der 1980er Jahre (darunter Polen 1980/81).³⁸ Merkwürdigerweise fehlt ein Beitrag zur Krise um die Mittelstreckenraketen in Europa (SS 20, NATO-Doppelbeschluss). Überwölbt wurde das Krisenverhalten der Supermächte von der Existenz nuklearer Vernichtungswaffen, über die beide Seiten verfügten und die darum den Krieg als »Mittel der Politik« ausschlossen, »weil die Vernichtung des Feindes nur um den Preis der eigenen Auslöschung zu erreichen gewesen wäre.«³⁹ Friedenspolitisch blieb dies freilich ohne Konsequenzen. Der notgedrungene Verzicht auf den »großen« Krieg ließ »kleine« Kriege ebenso zu wie die ständige Weiterentwicklung der Waffentechnologien im ost-westlichen Rüstungswettlauf, der analog zum Wettlauf um Einfluss in der ›Dritten Welt‹ auch in Phasen der Entspannung nie aufhörte. Die Supermächte wie auch die Nachzügler Großbritannien, Frankreich und China »trachteten danach, aus dem militärisch Wertlosen politischen Mehrwert zu schlagen.«⁴⁰ Die atomaren Arsenale waren ein Symbol politischer Macht und trugen zur Staturerhöhung im internationalen System bei. Von Fall zu Fall wurden sie auch als Druckmittel eingesetzt, bis hin zu »aggressiven Drohungen«⁴¹, mit denen etwa Richard Nixon und Henry Kissinger den sowjetischen Konkurrenten einschüchtern wollten. Selbstbeschränkung auf der einen und Drohgebärden mit Risikobereitschaft auf der anderen Seite gingen Hand in Hand. In Krisensituationen hing alles von einem erfolgreichen Krisenmanagement ab, für dessen fehlerfreien Ablauf es aber infolge von unvorhersehbaren Zwischenfällen oder Fehlperzeptionen niemals eine Garantie geben konnte. »Wir hatten Glück im Kalten Krieg«, lautet in Übereinstimmung mit Dieter Senghaas das Fazit von Jeremy Suri.⁴²

Dass eine Politik am Rande des Kriegs möglicherweise auch entgleisen und in einen neuen Weltkrieg münden konnte, war eine Befürchtung, von der auch die obersten Entscheidungsträger, obwohl sie die Schwelle zum Krieg nicht überschreiten wollten, wiederholt heimgesucht wurden. Es erscheint nur folgerichtig, wenn ein weiterer Band der

37 So mit Blick auf die Kubakrise *Senghaas*, *War der Kalte Krieg ein Krieg?*, S. 305.

38 *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter* (Hrsg.), *Krisen im Kalten Krieg* (Studien zum Kalten Krieg, Bd. 2), Hamburger Edition, Hamburg 2008, 547 S., geb., 35,00 €.

39 *Bernd Greiner*, *Krisen im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick*, in: *Greiner/Müller/Walter*, *Krisen*, S. 7–23, hier: S. 7.

40 Ebd., S. 8.

41 *Jeremy Suri*, *Logiken der atomaren Abschreckung oder Politik mit der Bombe*, in: *Greiner/Müller/Walter*, *Krisen*, S. 24–47, hier: S. 44.

42 Ebd., S. 28.

Hamburger Reihe der »Angst im Kalten Krieg« gewidmet ist.⁴³ Allerdings geht es hier in erster Linie um kollektive Ängste, bei denen sich oft genug die Gewalterfahrungen des Zweiten Weltkriegs mit der Visualisierung der nuklearen Bedrohung verbanden: Angst vor dem Atomkrieg und vor dem Feind auf der anderen Seite des Kalten Kriegs; Angst, die geschürt wurde, um die eigene Macht – gegebenenfalls auch durch Schauprozesse – zu konservieren; Angst vor der Volksrepublik China, wo aus innenpolitischen Gründen Kriegsangst verbreitet und Kriegsbereitschaft geschürt wurde; Angst vor den Westdeutschen und ihren Nuklearaspirationen in den 1960er Jahren. Angst haben und Angst machen, war die eine Seite der Medaille. Die andere bestand aus der Selbstsuggestion von Sicherheit. Dazu gehörte die Verdrängung der Gefahr ebenso wie die Vorstellung eines Millionen Opfer erfordernden, aber letztlich gewinnbaren Atomkriegs, wie er 1951 in der amerikanischen Zeitschrift »Collier's« imaginiert wurde.⁴⁴ Real dagegen waren Zivilschutzmaßnahmen und -kampagnen in verschiedenen Ländern oder die Artikulation beziehungsweise Überwindung der Angst durch Protestbewegungen wie »Kampf dem Atomtod« in der Bundesrepublik oder »Campaign for Nuclear Disarmament« in Großbritannien.

Der in drei Abschnitte (Schutzräume, Angstkulissen, Therapien) gegliederte Band beschränkt sich überwiegend auf Beiträge zu den 1950er und 1960er Jahren, als die Weltlage mit ihrer sowohl innerstaatlich-gesellschaftlichen als auch internationalen Lager- und Blockbildung, wie sie in den Anfängen des Kalten Kriegs entstanden war, vergleichsweise stabil erschien. Insbesondere die mit offenen Fragen gespickte Einleitung von Bernd Greiner vermittelt ein überwiegend statisches Bild von psychischen Dispositionen in der Friedlosigkeit des Kalten Kriegs. Angst wird als Zustand begriffen, der mit dem Zustand der realen Konfrontation der Konfliktparteien korrespondiert. Wie sich Emotionen unter veränderter Wahrnehmung von Realität wandeln können, wie Feindbilder abgeschwächt werden oder gar verschwinden können und sie damit ihre Mobilisierungsfunktion einbüßen, konkret: wie etwa die Ostpolitik oder der KSZE-Prozess Bedrohungsperzeptionen und Angstdiskurse beeinflusst haben, sind Fragen, die die Herausgeber nicht stellen, denen aber im Hinblick auf Phasen und Formen des Konfliktaustrags im Ost-West-Konflikt der 1970er und 1980er Jahre nachzugehen wäre.

Das Thema »Angst« findet sich auch in einem Sammelband zum Koreakrieg, der in Kooperation zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und dem Institut für Koreanische Historische Studien in Seoul entstanden ist und von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver ediert wurde.⁴⁵ Behandelt wird nicht nur die Auswirkung des Kriegs auf die internationale Politik, sondern in einem deutsch-koreanischen Vergleich auch auf Politik und Wirtschaft. Für Korea und die USA wird das öffentliche Gedenken untersucht. Was weithin bald ein »vergessener Krieg« wurde⁴⁶, wirkt in beiden koreanischen Staaten bis heute nach, nicht zuletzt infolge der Massaker an der Zivilbevölkerung, denen die »Kommission für Wahrheit und Versöhnung« in Südkorea nachgeht. Im geteilten Deutschland war 1950 in Form von Bedrohungsphantasien und Kriegsangst eine gesamtdeutsch zu nennende Reaktion festzustellen. Was die Deutschen aber auch noch verband, war ein »pazifistischer Schulterchluss«.⁴⁷ Die »Mehrheit der Bevölkerung

43 Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Angst im Kalten Krieg* (Studien zum Kalten Krieg, Bd. 3), Hamburger Edition, Hamburg 2009, 527 S., geb., 35,00 €.

44 Dazu auch David S. Foglesong, *The American Mission and the »Evil Empire«*. The Crusade for a »Free Russia« since 1881, Cambridge 2007, S. 107 ff.

45 Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), *Der Koreakrieg. Wahrnehmung – Wirkung – Erinnerung*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2008, 244 S., kart., 29,90 €.

46 Rolf Steininger, *Der vergessene Krieg: Korea 1950–1953*, München 2006.

47 Michael Lemke, *Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakrieges im geteilten Deutschland*, in: Kleßmann/Stöver, *Koreakrieg*, S. 74–98, hier: S. 74.

in beiden deutschen Staaten lehnte den Wiederaufrüstungs- und Wehrbereitschaftskurs ihrer politischen Führungen eindeutig ab.«⁴⁸ Freilich dauerte es nicht lange, bis dieser Stellvertreterkrieg im Kalten Krieg eine nachhaltige Katalysatorfunktion für die Formierung der Festungsmentalitäten und der Militärapparate hatte. In diesen Zusammenhang gehört auch die Kartografie der sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden Lager. Zuverlässige Karten einzelner Territorien, aber auch ganzer Erdteile und die Erstellung eines Weltkoordinatensystems waren eine wesentliche infrastrukturelle Voraussetzung sowohl für die Verteidigung als auch die Angriffsplanung, sei es mit konventionellen Mitteln oder sei es mit atomar bestückten Interkontinentalraketen. Eine von Dagmar Unverhau herausgegebene Publikation enthält Studien zu einzelnen Ländern in West und Ost, vornehmlich aber zu den Staaten des Warschauer Pakts und darüber hinaus in einem zweiten Band zahlreiche Kartenbeispiele.⁴⁹ Oft genug unterlagen Karten der Zensur, um dem Gegner Einblicke in das eigene Land zu verwehren. Gefälschte Karten von Grenzregionen sollten Flüchtlingen die Orientierung erschweren.

Wurde auf diese Weise zur Verfestigung der Teilung Europas und der Konfrontation im Weltmaßstab beigetragen, gab es gleichzeitig Aktivitäten, die sie ein Stück weit überbrücken sollten, entweder in offensiver Weise durch Kultur- oder Ideologieexport oder in eher kommunikativer Absicht auf Festivals oder wissenschaftlichen Kongressen. Mit derartigen Ost-West-Kontakten befasst sich ein von Antoine Fleury und Lubor Jilek herausgegebener Band, der die Arbeit von Kulturinstituten, Universitäten, kirchlichen Gruppen oder Künstlern zwischen 1945 und 1990 dokumentiert.⁵⁰ Die Akteure konnten sich als Kombattanten im ideologischen Systemkonflikt sehen und dabei, ganz der eigenen Seite verpflichtet, konfrontativ auftreten oder dem Trend der Entwicklung folgend seit den 1970er Jahren offenere Formen der Begegnung zulassen, wie dies auf dem alle fünf Jahre stattfindenden Weltkongressen der Historiker zu beobachten war. Sie konnten sich aber auch von politischen Vorgaben emanzipieren und gesamteuropäische Perspektiven entwerfen, was beispielsweise beim jährlichen Musikfestival des »Prager Frühlings« in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre versucht wurde. »Iron Curtain lifted for »Prague Spring««, war im Juni 1956 in der New York Times zu lesen.⁵¹ Welches Potenzial derartigen kulturellen Grenznegierungen innewohnte, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Das gewaltsame Ende des politischen »Prager Frühlings« 1968 führte vor Augen, wie schnell transnationale Netze reißen konnten und wie schwach *soft power* war, wenn Panzer rollten. Wiederum ein Jahrzehnt später, nachdem der KSZE-Prozess in Gang gesetzt worden war, zeigte sich mit der Charta 77, dass die Reformbewegung lebte und die Legitimation des Regimes infrage zu stellen vermochte.

Wie ein ergänzender Bericht aus der nachrichtendienstlichen und diplomatischen Praxis liest sich das Buch von Gordon S. Barras.⁵² Seit Mitte der 1960er Jahre war er im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig und in den 1980er Jahren geheimdienstlich mit der Einschätzung der Motive und Ziele der sowjetischen Politik befasst. Auch Barras

48 Ebd., S. 96.

49 Dagmar Unverhau (Hrsg.), Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, Teilband 1: Beiträge und Anlagen; Teilband 2: Abbildungen (Archiv zur DDR-Staatssicherheit, Bd. 9.1 und 9.2), LIT Verlag, Berlin 2009, 493 und 127 S., kart., 29,90 €.

50 Antoine Fleury/Lubor Jilek (Hrsg.), Une Europe malgré tout, 1945–1990. Contacts et réseaux culturels, intellectuels et scientifiques entre Européens dans la guerre froide (L'Europe et les Europes, 19e et 20e siècles, Bd. 9), P. I. E. Peter Lang, Brüssel/Bern etc. 2009, 477 S., kart., 45,50 €.

51 Dazu auch Walter L. Hixson, Parting the Curtain. Propaganda, Culture and the Cold War 1945–1961, New York 1997.

52 Gordon S. Barras (Hrsg.), The Great Cold War. A Journey Through the Hall of Mirrors (Stanford Security Studies), Stanford University Press, Stanford 2009, 484 S., geb., 29,95 \$.

kennt das Phänomen der Angst, das allzu oft neben Unkenntnis und unangebrachtem Optimismus Ursache für Fehlentscheidungen sei. Dagegen helfe am besten eine realitätsnahe Erfassung aller Umstände: »Good intelligence and sound assessments are particularly important when dealing with a long-term confrontation.«⁵³ So selbstgewiss dies klingt, Barras berichtet auch davon, er habe sich seit Beginn seiner Tätigkeit immer wieder wie in einem Spiegelsaal gewähnt, wo Oberflächen in vielfacher Brechung sichtbar sind, ohne den Kern der Dinge freizugeben. Zu diesem vorzudringen, was in der internationalen Politik heißt, die Lage mit den Augen des Partners, Gegners oder Feinds zu begreifen, sei zentrale Voraussetzung für eine berechenbare Politik. Wie es im Verlauf des Ost-West-Konflikts immer wieder an der erforderlichen Empathie mangelte, oft auch deswegen, weil der Konflikt gesucht wurde, statt ihn minimieren zu wollen, ist das beherrschende Thema dieses Buchs. Es basiert überwiegend auf der eigenen Anschauung und auf Interviews mit annähernd 100 Zeitzeugen in Ost und West, die der Autor persönlich gut kannte, darunter so hochrangige Persönlichkeiten wie Richard V. Allen oder Brent Scowcroft, die zu unterschiedlichen Zeiten Sicherheitsberater amerikanischer Präsidenten waren, Anatolij Tschernjajew, der außenpolitischer Berater von Präsident Gorbatschow war, oder Lord Powell, Privatsekretär Margaret Thatchers. Der Reiz des gut lesbaren Buchs, aber auch seine Beschränkung liegt in der beinahe collageartigen Zusammenfügung all dieser wörtlich wiedergegebenen Aussagen. Naturgemäß wird die Darstellung dichter, je mehr sich Barras dem Ende des Ost-West-Konflikts nähert. Ihn führt er auf die langfristig wirkende Containment- und Rüstungspolitik der USA zurück, während er die westliche Détente-politik, ohne freilich die mittlerweile umfangreiche Forschung dazu zur Kenntnis zu nehmen, schlichtweg für einen Fehlschlag hält. Allerdings versteigt sich Barras nicht dazu, das gewaltfreie Ende des Konflikts im Stil westlichen Triumphalismus zu kommentieren. Vielmehr betont er die spezifische Leistung Michail Gorbatschows, der im Unterschied zu seinen Vorgängern den Dialog gesucht und einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik vorgenommen habe.

Obwohl britischer Diplomat, betrachtet Barras sein Thema vornehmlich aus der Perspektive der Supermächte. Die neuere Forschung aber zeichnet sich gerade dadurch aus, dass auch der Rolle der kleineren und mittleren Mächte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Was dies für das Innenleben der beiden großen Bündnisse bedeutete, ist in einem von Mary Ann Heiss und S. Victor Papacosma herausgegebenen Tagungsband nachzulesen.⁵⁴ Dabei wird deutlich, wie unterschiedlich die Welt in Washington auf der einen und in Paris oder Bonn auf der anderen Seite gesehen wurde. Nicht weniger gilt dies für die im Doppelkonflikt mit dem Westen und der Volksrepublik China stehende Blockführungsmacht Sowjetunion und ihre europäischen Bündnispartner. Für die NATO war das Verlangen der Europäer nach mehr Konsultation ein nie zufriedenstellend gelöstes Dauerthema.⁵⁵ Spannungen im Bündnis resultierten auch aus Sonderrollen und Eigeninitiativen, die mit der Détentepolitik General Charles de Gaulles oder der Ostpolitik Willy Brandts verbunden waren.⁵⁶ Größeren Neuigkeitswert haben die Beiträge zum Warschauer Pakt, wo im Zuge der Entspannungspolitik die Blockdisziplin bröckelte und Ende der 1970er

53 Ebd., S. 407.

54 *Mary Ann Heiss/S. Victor Papacosma* (Hrsg.), *NATO and the Warsaw Pact. Intra-bloc Conflicts* (New Studies in U. S. Foreign Relations), Kent State University Press, Kent 2008, 244 S., geb., 55,00 \$.

55 Dazu auch *Andreas Wenger/Christian Nuenlist/Anna Locher* (Hrsg.), *Transforming NATO in the Cold War. Challenges Beyond Deterrence in the 1960s*, London/New York 2007; *Christian Nuenlist/Anna Locher* (Hrsg.), *Transatlantic Relations at Stake. Aspects of NATO 1956–1972*, Zürich 2006.

56 Vgl. dazu *Maurice Vaïsse* (Hrsg.), *De Gaulle et la Russie*, Paris 2006; *Holger Klitzing*, *The Nemesis of Stability. Henry A. Kissinger's Ambivalent Relationship with Germany*, Trier 2007.

Jahre dafür gesorgt wurde, dass die durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ausgelöste Krise der Entspannungspolitik nicht in einen neuen Kalten Krieg umschlug.

Auch in der Krise, die 1945 / 46 zur Konfrontation des Kalten Kriegs führte, spielten nicht nur die späteren Hauptkonkurrenten USA und UdSSR eine maßgebliche Rolle. Wie Fraser J. Harbutt in seiner Studie zur Konferenz von Jalta unterstreicht, muss der Blick auch auf Großbritannien gerichtet werden.⁵⁷ Anfang 1945 rechnete niemand und am wenigsten der amerikanische Präsident damit, dass die USA in Europa militärisch präsent bleiben würden. Franklin D. Roosevelt wollte aber auch nicht den Absprachen Winston Churchills und Josef Stalins vom Oktober 1944 über die Festlegung von Interessensphären zustimmen. Die britisch-sowjetische Übereinkunft, die nichts von den schon bald auftretenden Animositäten ahnen ließ, hatte dazu beigetragen, dass Europa schon geteilt war, als der Gipfel von Jalta seine Arbeit aufnahm. Freilich hatte diese Teilung wenig mit derjenigen gemeinsam, die wenig später durch den ›Eisernen Vorhang‹ herbeigeführt werden sollte und die einer zählbaren Legende zufolge angeblich auf die Konferenz von Jalta zurückgeht. Tatsächlich waren die ›Großen Drei‹ in Jalta um einvernehmliche Lösungen bemüht. Die Ergebnisse der Konferenz wurden als Erfolg nicht nur verkauft, sondern für kurze Zeit auch als solcher empfunden. Allerdings waren sie derart interpretationsfähig, dass aufgrund der unterschiedlichen Auslegungen und enttäuschter Erwartungen die Konflikte – zunächst 1945 über Osteuropa und dann vor allem 1946 im Nahen und Mittleren Osten – entstanden, die 1947 zur wechselseitigen Feststellung des Kalten-Kriegs-Zustands führten. Auch wenn diese Deutung nicht völlig neu ist⁵⁸, so stellt Harbutts Rekonstruktion des Übergangs von der multipolaren Kriegsdiplomatie, der der größte Teil des Buchs gewidmet ist, zur Bipolarität des Kalten Kriegs aufgrund der breit angelegten archivalischen Recherche doch einen willkommenen Beitrag zu dieser, das internationale System verändernden Weichenstellung dar.

III. DIE SUPERMÄCHTE UND IHRE IMPERIEN: AUSDEHNUNG UND ÜBERDEHNUNG

Im weiteren Verlauf dieses Literaturberichts wird deutlich werden, dass sich die neuere Forschung zu den Ost-West-Beziehungen verstärkt der Entwicklung seit den 1960er Jahren zugewandt hat, als die Statik des Kalten Kriegs durch die Dynamik der Entspannung abgelöst wurde. Der Übergang zur Ost-West-Entspannung war 1969/70 konkret erfahrbar. Auf der Ebene der Supermächte gelang es im Frühjahr 1969 Henry Kissinger, Sicherheitsberater Präsident Nixons, und Anatoli Dobrynin, sowjetischer Botschafter in den USA, einen stabilen Kontakt aufzubauen, der über Jahre hinweg aufrechterhalten blieb und als direkter Kommunikationskanal zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml diente. Dazu liegt jetzt eine beeindruckende Dokumentation vor, die die Anfänge der amerikanisch-sowjetischen Détente parallel aus amerikanischen und sowjetischen Quellen erfasst.⁵⁹ Im Rückblick auf verschiedene Vertragsabschlüsse meinte Nixon 1973 sogar, man befände sich, auch wenn die sowjetische Bedrohung nach wie vor eine Realität sein, nicht mehr im Kalten Krieg. Es sei der Dialog zwischen beiden Seiten, der die Welt verändert habe.⁶⁰ Auch in der Sowjetunion wurde 1973 von einer »Normalisierung der sowjetisch-ameri-

57 Fraser J. Harbutt, *Yalta 1945. Europe and America at the Crossroads*, Cambridge University Press, Cambridge 2010, 438 S., geb., 36,00 \$.

58 Siehe etwa Jost Dülffer, *Jalta*, 4. Februar 1945. *Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt*, München 1998.

59 David Geyer/Douglas Selvage (Hrsg.), *Soviet-American Relations. The Détente Years, 1969–1972*, Washington 2007.

60 Nixon am 1. März 1973 im Gespräch mit Golda Meir, zit. in Niedhart, *Deeskalation*, S. 100.

kanischen Beziehungen« gesprochen, wie es in der Neuauflage des von Andrei Gromyko herausgegebenen Diplomatischen Wörterbuchs hieß. Unter dem Vorzeichen der friedlichen Koexistenz sei eine »Wende vom ›Kalten Krieg‹ zur Entspannung« erfolgt.⁶¹

Die antagonistische Kooperation der Supermächte resultierte aus einem Zwang.⁶² Sowohl die Sowjetunion als auch die USA waren an die Grenze ihrer weltpolitischen Belastbarkeit gelangt. Die »Imperien des Kalten Kriegs« zeigten deutliche Risse.⁶³ In Osteuropa war die Breschnew-Doktrin als Antwort auf den »Prager Frühling« der mühsame Versuch, die sowjetische Vorherrschaft noch einmal zu behaupten. Von einer nachhaltigen Stabilisierung konnte jedoch keine Rede sein.⁶⁴ Parallel dazu spitzte sich im Laufe der 1960er Jahre der sowjetisch-chinesische Konflikt bedrohlich zu.⁶⁵ Die USA sahen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie befunden hatten, mit der Gefahr einer »globalen Überdehnung«.⁶⁶ Die Nixon-Doktrin verdeutlichte, wie Washington die Dynamik seiner Weltpolitik beschränken wollte. Zudem kam man im Weißen Haus nicht an der Einsicht vorbei, dass die Sowjetunion militärisch die Parität erreicht hatte.

Amerikanische Außenpolitik kann in dieser Phase als Krisen- und Anpassungsstrategie beschrieben werden. Der britische Politikwissenschaftler Asaf Siniver hat dies anhand von drei Beispielen (Invasion Kambodschas 1970, Nahostkrisen 1970 und 1973, indisch-pakistanischer Krieg 1971) getan und zugleich eine Analyse des politischen Entscheidungsprozesses vorgelegt.⁶⁷ Charakteristisch war, dass das Entscheidungszentrum unter Marginalisierung des State Departments in das Weiße Haus verlegt wurde, wo Kissinger den Nationalen Sicherheitsrat nach eigenen Vorstellungen restrukturierte, um seine Geheimdiplomatie vorantreiben zu können. Das Nixon-Kissinger-Tandem zeichnete sich durch gemeinsame Überzeugungen aus: »Both men believed that the key to equilibrium in international politics was the threat of force, and that American credibility in the world rested on its impressive military capabilities.«⁶⁸ Gleichzeitig war es von ihren persönlichen Eitelkeiten und Eifersüchteleien geprägt. Betroffen war davon auch die »triangular diplomacy«, die sich im Dreieck Washington/Moskau/Peking abspielte und die das außenpolitische Manövriertfeld in einer Zeit der Krise erweiterte, in der die USA auf Abstimmungen mit ihren Gegnern angewiesen waren. Die Öffnung gegenüber der Volksrepublik China hat der japanische Historiker Yukinori Komine zum Gegenstand einer durch-

61 *Wiederkehr*, Verwendung, S. 68; zur Entspannungspolitik auf Supermächtebene siehe auch die Themenhefte von CWH 8, 2008, H. 4, und *Diplomatic History* 33, 2009, H. 4.

62 Zum Begriff der antagonistischen Kooperation vgl. *Link*, Ost-West-Konflikt, S. 75 ff.

63 Zu den »Cold War empires« *John L. Gaddis*, *We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 26 f.

64 Vgl. *Matthew J. Ouimet*, *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003.

65 *Sergey S. Radchenko*, *Two Suns in the Heavens. The Sino-Soviet Struggle for Supremacy 1962–1967*, Washington 2009; *Lorenz M. Lüthi*, *The Sino-Soviet Split: Cold War in the Communist World*, Princeton, NJ 2008.

66 *Paul Kennedy*, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main 1989, S. 538; zum Zusammenhang von relativem Machtverlust und Détente politik auch *Fredrik Logevall/Andrew Preston* (Hrsg.), *Nixon in the World. American Foreign Relations 1969–1977*, Oxford 2008.

67 *Asaf Siniver*, *Nixon, Kissinger, and U. S. Foreign Policy Making. The Machinery of Crisis*, Cambridge University Press, Cambridge 2008, 252 S., geb., 45,00 £; für einen weiteren Fall siehe *Asaf Siniver*, *The Nixon Administration and the Cienfuegos Crisis of 1970: Crisis Management of a Non-Crisis?*, in: *Review of International Studies* 34, 2008, S. 69–88.

68 *Siniver*, *Nixon, Kissinger*, S. 52 f.

weg aus den Akten geschriebenen Studie gemacht.⁶⁹ Das strategische Dreieck, in dem die Sowjetunion Washingtons Hauptansprechpartner blieb, das sie aber der bisherigen Exklusivität als Faktor amerikanischer Weltpolitik und insbesondere der Asienpolitik beraubte, hatte aus der Sicht der amerikanischen Führung eine regionale Bedeutung im Hinblick auf den Krieg in Vietnam. Darüber hinaus diente es im Kontext globaler Sicherheitsfragen vor allem der Absicherung des von Nixon und Kissinger verfolgten Hauptziels, »to restore the US centrality in the international system.«⁷⁰ Stellen Kissingers Rolle auf dem Weg zur Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen und schließlich Nixons Chinareise im Februar 1972 den Schlusspunkt von Komines Buch dar, so verwendet der Autor zuvor genügend Raum für chinapolitische Überlegungen auch im State Department und nicht zuletzt für Nixons längerfristige Wahrnehmung der Volksrepublik China. Schon 1963 hielt Nixon parallele Beziehungen zu Moskau und Peking mittelfristig für unumgänglich.

Im Unterschied zum asiatischen Schauplatz standen sich die Kontrahenten in Europa hochgerüstet direkt gegenüber. Ost-West-Entspannung in Europa hieß zunächst einmal die wechselseitige Garantie der jeweiligen Besitzstände. Die Sowjetunion erhielt Zusicherungen, die ihr europäisches Imperium zu garantieren schienen. Im Gegenzug war sie bereit, für West-Berlin eine Regelung zuzulassen, die die Halbstadt dem sowjetischen Zugriff entzog. Jetzt wurde vertraglich geregelt, was zehn Jahre zuvor schon praktiziert, aber nicht förmlich beschlossen wurde. Wie sehr die Supermächte im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren noch in den Denk- und Verhaltensmustern des Kalten Kriegs gefangen waren, zugleich aber Lösungen praktizierten, die in die Zukunft wiesen, schildert William R. Smyser in seiner Sicht der von Chruschtschow 1958 inszenierten Berlinkrise auf spannende Weise.⁷¹ Der Autor, heute auch Dozent an der Washingtoner Georgetown-Universität, schreibt zum Teil aus eigener Anschauung, denn zwischen 1960 und 1964 gehörte er der amerikanischen Militärmission in Berlin an. In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 patrouillierte er durch Ost-Berlin, nachdem er Informationen über dortige ungewöhnliche Aktivitäten erhalten hatte. Schnell stellte sich heraus, dass es sich um den Beginn des Mauerbaus handelte.

Smyser bettet sein Thema in die amerikanisch-sowjetische Kraftprobe ein, die auch die Kubakrise umfasste. Die konfrontativ verlaufende Begegnung zwischen Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien zeigt einen auftrumpfenden und cholischen Sowjetführer, der vom geschichtsnotwendigen Sieg des Kommunismus sprach, den Status von Berlin verändern und nichts von der Bewahrung des Status quo auf der Grundlage einer Teilung des Kontinents in Einflussphären hören wollte. Das war es nämlich, was Kennedy mehr oder weniger unverblümt anbot. Als wenig später die Mauer errichtet wurde, war es für ihn ein Zeichen, dass Chruschtschow doch verstanden hatte. Dieser hielt zwar das Berlin-Ultimatum noch eine Weile aufrecht, schien es aber aus Kennedys Sicht nicht auf West-Berlin abgesehen zu haben, sondern – von Ulbricht nachdrücklich dazu gedrängt – auf die Abschottung des Ostteils und die Unterbindung der Fluchtbewegung aus der DDR. Jetzt sei West-Berlin sicher und eine Mauer, obwohl keine schöne Lösung, sei allemal besser als ein Krieg. Dass damit auch die deutsche Frage insgesamt von der Prioritätenliste verschwand, weil sie einer Ost-West-Annäherung nicht

69 Yukinori Komine, *Secrecy in US Foreign Policy. Nixon, Kissinger and the Rapprochement with China*, Ashgate, Aldershot 2008, 287 S., geb., 55,00 £; vgl. zu dieser Thematik auch Evelyn Goh, *Constructing the U. S. Rapprochement with China, 1961–1974: From »Red Menace« to »Tacit Ally«*, Cambridge 2005; *Michael Lumbers*, *Piercing the Bamboo Curtain. Tentative Bridge-Building to China during the Johnson Years*, Manchester 2008.

70 Komine, *Secrecy*, S. 9.

71 William R. Smyser, *Kennedy and the Berlin Wall. »A Hell of a Lot Better than a War«*, Rowman & Littlefield Publishers, Lanham/Boulder etc. 2009, 293 S., geb., 39,95 \$.

im Weg stehen sollte, brachte Kennedy in Konflikt mit Bundeskanzler Adenauer in Bonn, der die Amerikaner seinerseits damit erschreckte, dass er sich mit dem Elysée-Vertrag in die Arme de Gaulles zu werfen schien. Konrad Adenauer hatte zwar das Scheitern seiner Deutschlandpolitik begriffen, wagte aber keine Kurskorrektur dergestalt, den Status quo zunächst einmal anzuerkennen, bevor man ihn auf längere Sicht vielleicht würde verändern können.

Das waren Überlegungen, wie sie nach dem ersten Schock vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in einem durchaus spannungsreichen Austausch mit dem amerikanischen Präsidenten angestellt wurden, der bei Smyser aber ausgeblendet bleibt. Er konzentriert sich ganz auf die amerikanisch-sowjetische Konfrontation und geht schließlich kurz auf den Versuch der Sowjetunion ein, in Verlängerung der Offensive gegen West-Berlin nun auch vor der amerikanischen Haustür für eine Herausforderung zu sorgen. Bevor die Kubakrise beigelegt werden konnte, schienen beide Krisen in gefährlicher Weise ineinanderzugreifen. Als sie eingedämmt war, verlief sich auch die Berlinkrise im Sand. Als Kennedy im Juni 1963 die Bundesrepublik und West-Berlin besuchte und sich in der berühmten Rede vor dem Schöneberger Rathaus als »Berliner« ausgab, hatte er kurz zuvor seine von Smyser nicht erwähnte »Friedensrede« vor der American University in Washington gehalten, in der er dazu aufforderte, »unsere Einstellung zum Kalten Krieg« zu überprüfen.⁷² Chruschtschow seinerseits hatte schon Anfang des Jahres sein Interesse an einem Treffen mit Brandt in Berlin signalisiert. Weder Kennedy noch Chruschtschow sollten noch lange auf der internationalen Bühne agieren können. Aber die Weichen für Konfliktkontrolle waren gestellt, auch wenn der Konflikt an sich alles andere als erledigt war.

Es passt in das Bild der offensiven Außenpolitik Chruschtschows, dass im Schatten des Drucks auf Berlin auch Finnland sowjetischen Pressionen ausgesetzt war. Als 1958 in Helsinki eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition gebildet wurde und damit das von Moskau gewünschte Linksbündnis nicht zustande kam, für die Sowjetunion ihre Beziehungen zu Finnland ein. Im Oktober 1961 wurde das Feindbild »Bundesrepublik« beschworen. Zur Abwehr der »westdeutschen Militaristen und Revanchisten« forderte Moskau Konsultationen darüber, welche Maßnahmen »zur Sicherung der Grenzen beider Länder vor der Gefahr eines militärischen Überfalls Westdeutschlands« getroffen werden sollten. Für Finnland lag die Brisanz dieses sowjetischen Ansinnens darin, dass damit der Status der Neutralität auf dem Spiel stand. Mit einem deutlichen Schwerpunkt auf dem Zeitraum zwischen 1958 und 1961 untersucht Agilolf Keßelring auf breiter Aktenbasis die Haltung der NATO gegenüber diesem »kleinen Land vor den Toren Leningrads«.⁷³ Finnland war sicherheitspolitisch im Vergleich zu Norwegen oder Dänemark von peripherem Interesse, sollte aber keinesfalls in die sowjetische Interessensphäre abdriften dürfen. Um die »Sowjetisierung« Finnlands zu verhindern, entwickelte der Westen erfolgreich eine Strategie der »Skandinavisierung«. So konnte 1961 ein Assoziierungsvertrag zwischen Finnland und der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA) abgeschlossen werden. Ein solcher Schritt »maßgeschneiderter Integration«⁷⁴ war mit dem Status der Neutralität vereinbar und band Finnland, ohne die Sowjetunion zu provozieren, im Rahmen der »nordischen Balance« zugleich an westliche Institutionen⁷⁵

72 Eine deutsche Fassung der Rede vom 10. Juni 1963 findet sich in *Ernst-Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer* (Hrsg.), *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Bonn 1987, S. 277–283, hier: S. 280.

73 *Agilolf Keßelring*, *Die Nordatlantische Allianz und Finnland 1949–1961. Perzeptionsmuster und Politik im Kalten Krieg (Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, Bd. 8)*, Oldenbourg Verlag, München 2009, 350 S., geb., 39,80 €, S. 7.

74 Ebd., S. 296.

75 Zu dieser Problematik *Dominik Geppert/Udo Wengst* (Hrsg.), *Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990*, München 2005.

– eine Position, die der finnischen Initiative 1969 zur Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz erhöhte Glaubwürdigkeit verlieh.

Ein zweiter Fall von bündnispolitischer Neutralität, aber Zugehörigkeit zur westlichen Welt war die Schweiz. Wie ein von Mario König und Janick M. Schaufelbuehl verantworteter Themenschwerpunkt eines Hefts der schweizerischen Zeitschrift »traverse« zu »Schweiz – USA im Kalten Krieg« deutlich macht⁷⁶, gab es ungeachtet einzelner Streitfragen ein wechselseitiges Interesse an ungestörten Beziehungen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen. Zudem lieferte die Schweiz für den Krieg sowohl in Korea als auch in Vietnam Rüstungsgüter, obwohl dies eine »Verletzung des Neutralitätsrechts« darstellte. »Wo es um wirtschaftliche Vorteile ging, spielte die Neutralitätsfrage keine Rolle.«⁷⁷ Vollends auf Seiten der USA stand die Schweiz, als sie die Menschenrechtskampagne von Präsident Jimmy Carter und die damit verbundene Kritik an der Sowjetunion unterstützte.

Der Kalte Krieg hat nicht nur zu internationalen Organisationen geführt, die die äußere Sicherheit gewährleisten sollten, sei es in Gestalt konfrontativen Konfliktverhaltens (NATO, Warschauer Pakt) oder sei es in Form kooperativer Konfliktregelung (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE). Auch innerstaatlich und gesellschaftlich hat er spezifische Institutionen zur Bewältigung der Herausforderungen im Macht- und Systemkonflikt hervorgebracht. In den USA gehörten dazu der Nationale Sicherheitsrat und der Planungsstab im State Department, die beide 1947 gegründet wurden. Ebenfalls zu nennen ist das »President's Science Advisory Committee« (PSAC). Die Bündelung wissenschaftlicher Einrichtungen und die Indienstnahme von Naturwissenschaftlern, vor allem Physikern, für den Staat war ein Begleitphänomen schon der Weltkriege und hat während des Koreakriegs mit dem »Science Advisory Committee of the Office of Defense Mobilization« einen neuen Schub erfahren. Einige Jahre später war es der Sputnik-Schock, der Präsident Dwight D. Eisenhower zur Gründung des PSAC veranlasste. Dem hat Zuoyue Wang, Wissenschaftshistoriker an der California State Polytechnic University in Pomona, eine gründliche Studie gewidmet.⁷⁸ Er geht der Entwicklung der Institution von ihrer Gründung 1957 bis zur Auflösung 1973 nach und analysiert auf breiter archivalischer Quellenbasis die Rolle der Wissenschaftler, die diese in Fragen der nationalen Sicherheit gespielt haben, wenn es um Nuklearwaffen, Weltraumtechnologien oder Raketenabwehrsysteme ging. Bemerkenswert ist zweierlei: Zum einen vertraten die im PSAC versammelten Wissenschaftler überwiegend einen technologieskeptischen Standpunkt. Sie wehrten sich – ganz im Sinne von Eisenhowers später Warnung vor dem militärisch-industriellen Komplex – gegen die blinde Umsetzung des technisch Machbaren. An die Stelle von Sicherheit durch militärische Überlegenheit wollten sie auf Sicherheit durch Rüstungskontrolle setzen, um die Eigendynamik von Rüstungswettläufen unterbinden zu können. Zum anderen stellt Wang heraus, dass die wissenschaftliche Expertise in den USA insgesamt weit gefächert war und dass es vor allem darauf ankam, was die jeweilige politische Führung hören wollte.

Die Frauen der Wissenschaftler waren derweil möglicherweise Mitglied in einer der zahlreichen Organisationen, deren Arbeit nationalen Themen galt oder die transnationale Netzwerke knüpfen wollten. In einer zuerst 2002 erschienenen und jetzt als Paperback

76 Janick M. Schaufelbuehl/Mario König (Hrsg.), *Schweiz – USA im Kalten Krieg/Suisse – USA dans la guerre froide (traverse. Zeitschrift für Geschichte* 16, 2009, H. 2), Chronos Verlag, Zürich, 207 S., kart., 28,00 CHF.

77 Ebd., S. 11.

78 Zuoyue Wang, *In Sputnik's Shadow: The President's Science Advisory Committee and Cold War America*, Rutgers University Press, New Brunswick/London 2008, 454 S., geb., 49,95 \$; zum Kontext auch Corinna R. Unger, *Cold War Science: Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg*, in: NPL 51, 2006, S. 49–68.

wieder herausgebrachten Arbeit beschreibt die britische Historikerin Helen Laville mit deutlichem Akzent auf den späten 1940er und den 1950er Jahren, wie sich der Kalte Krieg über die Ideen und Aktivitäten organisierter Frauen in den USA gelegt hat.⁷⁹ Innerstaatlich galt es, den Kommunismus zu Hause zu bekämpfen. Außerhalb der USA war zum Beispiel Westdeutschland ein Feld, wo für antikommunistische Stabilisierung zu sorgen war. Eine Organisation wie die 1947 gegründete »World Organization for Mothers of all Nations« (WOMAN), die sich dem nationalen Konsens verweigerte, begegnete rasch dem Vorwurf, den Kommunisten in die Hände zu arbeiten. Die sich als patriotisch verstehenden Frauenvereinigungen standen naturgemäß in Verbindung mit Washingtoner Regierungsstellen und wurden zum Teil von der CIA finanziert.

Eine weitere Institution, die ohne den Kalten Krieg wohl nicht zustande gekommen wäre, war die 1953 eingerichtete »United States Information Agency« (USIA). Über sie sind wir durch das Buch von Nicholas J. Cull gut unterrichtet.⁸⁰ Der an der Annenberg School for Communication der University of Southern California tätige Autor legt einen Schwerpunkt auf institutionengeschichtliche Zusammenhänge, informiert ausführlich über die Persönlichkeiten an der Spitze der USIA und zeichnet der Chronologie folgend die weltweite Propaganda, bald »public diplomacy« genannt, der Vereinigten Staaten im »ideologischen Duell« der Systeme nach.⁸¹ Dazu gehörten akademische Austauschprogramme, Gastspiele von Orchestern, Ausstellungen oder weltweite Radioprogramme. Adressaten waren sowohl Verbündete und Neutrale, um das eigene Lager zu stabilisieren beziehungsweise zu erweitern, als auch die kommunistische Welt, die im Zuge psychologischer Kriegführung unterwandert und attackiert wurde. Voll ausgeschöpft wurden die Möglichkeiten, die Korb III der Schlussakte von Helsinki 1975 mit der Selbstverpflichtung der Unterzeichnerstaaten zu Informations- und Reisefreiheit bot, nachdem die KSZE in den USA zuvor eher belächelt worden war. Während Kissinger in den Verhandlungen mit der sowjetischen Seite zuvor Zurückhaltung signalisiert hatte, begriff die USIA, die der Entspannungspolitik des Weißen Hauses ohnehin distanziert begegnet war, die Vereinbarung von Helsinki als einmalige Gelegenheit, »to bring American culture and ideas into the Soviet orbit.«⁸²

In Moskau übersah man keineswegs die Risiken, die mit einer Öffnung für westliche Medien und Besucher verbunden waren, aber man hielt sie für beherrschbar. Zudem gehörte es auch zu den Vereinbarungen von Helsinki, dass der territoriale Status quo in Europa, also der Umfang des von Stalin geschaffenen Imperiums für »unverletzlich« erklärt wurde. Darauf hatte die Sowjetunion seit Mitte der 1950er Jahre hingearbeitet und mit dieser Zielsetzung auch auf den Warschauer Pakt mit seiner die Mitgliedsstaaten integrierenden Funktion zurückgegriffen. Die politische Koordinierung im Bündnis wirkte unter den Bedingungen europäischer Spannung in zweierlei Hinsicht. Zum einen drang die Sowjetunion – nicht zuletzt unter dem Eindruck des Konflikts mit der Volksrepublik China – auf eine gemeinsame, von Moskau vorgegebene Position aller Staaten des Warschauer Pakts. Zum anderen aber hatten die Bündnispartner der Sowjetunion die Möglichkeit, die Sitzungen des Politischen Beratenden Ausschusses des Bündnisses dafür zu nutzen, ihre spezifischen Interessenlagen zur Sprache, wenn auch nicht immer zur Geltung zu bringen. Ein aus einer internationalen Konferenz des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hervorgegangener facettenreicher Sammelband zeigt die dominierende Rolle der sowjeti-

79 *Helen Laville*, *Cold War Women. The International Activities of American Women's Organizations*, Manchester University Press, Manchester/New York 2009, 220 S., kart., 12,99 £.

80 *Nicholas J. Cull*, *The Cold War and the United States Information Agency. American Propaganda and Public Diplomacy, 1945–1989*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2008, 533 S., geb., 128,00 \$.

81 Ebd., S. 189.

82 Ebd., S. 340.

sehen Hegemonialmacht ebenso auf wie das Eigenleben und den Bewegungsspielraum der europäischen Klientelstaaten.⁸³ Das gemeinsame Band bestand darin, dass der 1955 gegründete Warschauer Pakt Sicherheit gewährleisten sollte, und zwar sowohl nach außen im machtpolitischen als auch im Innern im ideologischen Ost-West-Konflikt. Je länger der Konflikt andauerte, desto brüchiger wurde dieses Band unter der Last der überproportionalen Rüstungen und angesichts des sich auflösenden Feindbilds »Bundesrepublik«.

Wie prekär es um die innere Ordnung und den Zusammenhalt des Bündnisses bestellt war, zeigte sich bei diversen Unruhen und Krisen, denen die Sowjetunion mehr als einmal mit militärischer Gewalt entgegentrat. Die Besetzung der Tschechoslowakei 1968 und die Unterdrückung des »Prager Frühlings« mit der anschließenden Verkündung der Breschnew-Doktrin war die letzte Aktion dieser Art und hatte Implikationen nicht nur für die Tschechoslowakei selbst, sondern auch für die Binnenstruktur des Warschauer Pakts und die Ost-West-Beziehungen in Europa. Dazu hat das Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz ein Forschungsprojekt initiiert, das über 80 Historiker umfasste und dessen Ergebnisse in Gestalt von zwei monumentalen Bänden vorliegen.⁸⁴ Der erste Band, der teilweise im Stil eines Handbuchs, streckenweise aber als Essaysammlung angelegt ist, enthält Beiträge, die sich überwiegend mit tschechoslowakischen und sowjetischen Aspekten der Thematik befassen sowie mit der Politik der anderen Warschauer Pakt-Staaten. Darüber hinaus finden sich Aufsätze zur Reaktion ausgewählter NATO-Staaten und – mit einem Schwerpunkt auf Österreich – einiger neutraler Länder, ferner zur Analyse der Krise durch verschiedene Geheimdienste. Der ersten Orientierung dient ein längeres einleitendes Kapitel, in dem auch der internationale Kontext des weltweiten Krisen- und Epochenjahrs 1968 knapp gestreift wird.⁸⁵ Auf die enge Kooperation mit dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte und der Russischen Akademie der Wissenschaften ist es wohl zurückzuführen, dass die sowjetische Interventionsmacht besonders intensiv unter die Lupe genommen wird. Die Doppelstrategie der sowjetischen Führung, mit der Tschechoslowakei nach Möglichkeit eine Verhandlungslösung zu suchen, zugleich aber für den Fall ihres Scheiterns die Besetzung des Landes vorzubereiten, wird detailliert behandelt. Darüber hinaus kommen auch militärpolitische und rüstungstechnische Fragen, innenpolitische und gesellschaftliche Gesichtspunkte und schließlich die Reaktion in verschiedenen Sowjetrepubliken zur Sprache. Fast durchweg basieren die Beiträge auf unveröffentlichtem Quellenmaterial. Ein Teil davon findet sich im zweiten Band, der Archivalien und weitere Quellen in deutscher beziehungsweise englischer Sprache und parallel dazu in einer russischen Fassung präsentiert. Der Wert dieser Dokumentation ist in erster Linie darin zu sehen, dass die Diskussionsprozesse und Entscheidungsfindungen im Warschauer Pakt und vor allem in Parteigremien der KPdSU ausführlich dokumentiert werden.

Unabhängig davon, ob das Jahr 1968 als *annus horribilis* oder *annus mirabilis* wahrgenommen wurde, war es mit seinen gesellschaftlich-innenpolitischen, währungspolitischen

83 *Torsten Diedrich/Winfried Heinemann/Christian F. Ostermann* (Hrsg.), *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch. 1955 bis 1991* (Militärgeschichte der DDR, Bd. 16), Ch. Links Verlag, Berlin 2009, 367 S., geb., 34,90 €; vgl. zu diesem Komplex auch *Vojtech Mastny/Malcolm Byrne* (Hrsg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991*, Budapest/New York 2005; *Frank Umbach*, *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Pakts 1955–1991*, Berlin 2005.

84 *Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan* u. a. (Hrsg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 9/1 und 9/2), 2 Bde., Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2008, 1296 und 1589 S., geb., zusammen 99,80 €.

85 Dazu *Philipp Gassert/Martin Klimke* (Hrsg.), *1968: Memories and Legacies of a Global Revolt* (Bulletin of the German Historical Institute, Supplement 6), Washington 2009.

und internationalen Konflikten ein Jahr der globalen Transformation.⁸⁶ Auch die deutsche Frage, die seit 1946/47 im Zentrum des Kalten Kriegs in Europa gestanden hatte, war davon in all ihren Facetten betroffen. Noch einmal diente die Bundesrepublik in der sowjetischen Propaganda als Sündenbock, dem der sich in der Tschechoslowakei vollziehende Wandel angelastet wurde. In der Bundesrepublik selbst wiederum breitete sich noch einmal bis in die Spitzen der Bundesregierung hinein ein tiefes Gefühl der Angst vor der sowjetischen Bedrohung aus, wie man es aus den Tagen des Kalten Kriegs allzu gut kannte. Fast gleichzeitig aber war zu hören, es gebe zur Politik der Entspannung zwischen Ost und West keine vernünftige Alternative. Binnen Kurzem überwog diese Haltung und dominierte der explizite Wille zu Verhandlungen und Konfliktabbau. In den Ost-West-Beziehungen kam der Wunsch nach Normalisierung zum Ausdruck, was in der Tschechoslowakei, wo der Begriff das Ende des »Prager Frühlings« meinte, einen bitteren Beigeschmack hatte. In Moskau setzte sich Leonid Breschnews Entspannungskurs durch. In Washington wollte der eben ins Amt gekommene Präsident Nixon zu einer Stabilisierung der Beziehungen mit der anderen Supermacht kommen. In Bonn wurde die Ostpolitik mit gewissen Justierungen fortgesetzt.

Damit war die deutsche Frage nicht erledigt, aber der »Kampf für die Einheit« beendet, wie er seit der Gründung der Bundesrepublik geführt worden war und in Stefan Kreuzbergers Monografie zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen auf kompakte Weise dargestellt wird.⁸⁷ Lässt man die Riege der Minister von Jakob Kaiser bis zu Herbert Wehner Revue passieren, so wird deutlich, wie sich der innere Zusammenhang zwischen deutscher Frage und Ost-West-Beziehungen im Laufe von 20 Jahren änderte. Verstand sich das Ministerium, dessen Personal in den 1950er Jahren einen ausgeprägten Korpsgeist im Dienst der »kalten Kriegführung« ausbildete⁸⁸, zunächst im Vertrauen auf die amerikanische Rollback-Strategie und politisch und finanziell von den USA unterstützt als Teil der psychologischen Kriegführung gegen den Osten, aber auch gegen den »inneren Feind«, so verschoben sich im Laufe der 1960er Jahre langsam die Prioritäten, bis die Lösung der deutschen Frage nicht mehr als Voraussetzung für Entspannung in Europa angesehen wurde, sondern umgekehrt Entspannung als Voraussetzung für Wandel im Verhältnis der beiden deutschen Staaten galt. Kreuzberger behandelt diese Entwicklung sowohl in ihrem institutionen- und politikgeschichtlichen Verlauf als auch unter systematisierenden Fragestellungen (Instrumentarien und Techniken, Einwirkung auf die DDR, Beeinflussung der politischen Kultur).

Einen parallelen Blick auf die ersten beiden Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit hat Jens Hildebrandt geworfen. In seiner Dissertation untersucht er anhand ausgiebig herangezogener einschlägiger Aktenbestände die deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen.⁸⁹ So getrennt die Wege auch verliefen und so verschieden die ideologischen Orientierungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) waren: Hildebrandt hebt auf die Gleichzeitigkeit von normativer

86 Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hrsg.), 1968: *The World Transformed*, Washington/Cambridge 1998.

87 Stefan Kreuzberger, *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969* (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 69), Droste Verlag, Düsseldorf 2008, 604 S., geb., 49,50 €. Zu verschiedenen Themen der 1950er Jahre vgl. auch das von Jost Dülffer herausgegebene Themenheft von *German Politics and Society* 25, 2007, H. 2: *Western Integration, German Unification and the Cold War: The Adenauer Era in Perspective*.

88 Kreuzberger, *Kampf*, S. 531.

89 Jens Hildebrandt, *Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969* (Mannheimer Historische Forschungen, Bd. 31), Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert 2010, 723 S., kart., 68,00 €.

Abgrenzung und Interaktion im »Wettbewerb um die ›gesamtdeutsche Arbeitnehmerschaft«⁹⁰ ab und stellt den Beziehungskonflikt neben die Beziehungsgeschichte. Damit bewegt er sich historiografisch in einem Forschungstrend, der die beiden deutschen Nachkriegsgeschichten sowohl in ihrer Abgrenzung als auch in ihrer Verflechtung versteht. Darüber hinaus kann er an Ansätze anknüpfen, die den Ost-West-Konflikt nicht nur als Konfrontation begreifen, sondern auch nach ost-westlichen Beziehungsmustern fragen. Das Thema erfordert eine breite Kontextualisierung mit Bezug auf innergewerkschaftliche Abläufe und Diskussionen, auf die Stellung der Gewerkschaften im jeweiligen politischen System und auf außenpolitische beziehungsweise internationale Rahmenbedingungen. Den Schwerpunkt legt Hildebrandt auf die ersten beiden Punkte und hier auf die westdeutsche Seite, was mit der institutionellen und programmatischen Ausdifferenzierung des Gewerkschaftswesens in der Bundesrepublik und dem damit gegebenen Quellenreichtum zusammenhängt.

Der Bogen der Darstellung spannt sich – ausgehend vom stets präsenten gemeinsamen Erfahrungshorizont des Nationalsozialismus – von der Mitte der 1950er Jahre unter Einschluss der Bundesrepublik und der DDR vollzogenen Blockbildung bis hin zur Regierung der Großen Koalition (die auf dem Buchdeckel nicht ganz korrekt als »Regierung Brandt/Kiesinger« firmiert). Beide Seiten bestanden zunächst auf einem nicht realisierbaren »gesamtdeutschen Alleinvertretungsanspruch«.⁹¹ Die 1958 einsetzende Berlinkrise führte naturgemäß zu einer verstärkten Distanzierung voneinander, erwies sich mittelfristig aber auch als Katalysator für die vermehrten Kontakte, die sich im Zuge der internationalen Entspannungspolitik und der Ostpolitik ergaben. Prägnant formuliert handelte es sich um Beziehungen, die sich »aus einem konfrontativen Ineinander und Gegeneinander in ein reguliertes Nebeneinander« entwickelten.⁹² Für Letzteres geht der Autor weit über sein engeres Thema hinaus, indem er die Kontakte verschiedener Einzelgewerkschaften zu den Staaten des Warschauer Pakts und die ihnen vorausgehenden Beschluslagen in ganzer Breite (und manchmal zu breit) referiert. Dabei weist er mit Recht dem ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker als dem »Modernisierer der Ost- und Deutschlandpolitik des DGB«⁹³ eine prominente Rolle zu. Auf der Gegenseite mühte sich der FDGB ab, dem Auftrag Walter Ulbrichts gerecht zu werden, der schon 1965 davor warnte, der »Gegner« wolle »in die Volksdemokratien und bei uns eindringen.« Dem müsse man eine eigene Westpolitik entgegensetzen, an der, so hätte Hildebrandt ergänzen können, Ulbricht bis zu seinem politischen Ende festhielt:

»Also müssen wir bei ihnen eindringen. Aber nicht nur reden, sondern klassenmäßig handeln gegenüber Westdeutschland und in Westdeutschland, d. h. unsere ganze Argumentation muß offensiver werden, sie muß beißen, sie müssen drüben aufheulen, wenn wir etwas sagen.«⁹⁴

Während Creuzberger und Hildebrandt zwei Jahrzehnte deutscher Einstellungen und Strategien behandeln, erörtern Gerhard Wettig und Wilfried Loth, welche Antworten in Moskau auf die deutsche Frage gegeben wurden.⁹⁵ Um die sowjetische Politik in der Genesis des Kalten Kriegs plausibel zu machen, setzt Wettig mit Stalins Perzeption der internationalen Lage 1939 ein, als der sowjetische Diktator zu dem Schluss kam, dass

90 Ebd., S. 17.

91 Ebd., S. 674.

92 Ebd., S. 683.

93 Ebd., S. 566.

94 Ebd., S. 589.

95 *Gerhard Wettig*, *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953* (The Harvard Cold War Studies Book Series), Rowman & Littlefield Publishers, Lanham/Boulder etc. 2008, 284 S., geb., 85,00 \$; *Wilfried Loth*, *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, 318 S., kart., 24,90 €.

die Sicherheit seines Landes momentan am besten durch einen Nichtangriffspakt mit Deutschland gewährleistet werden könne. Richtungweisend für die längerfristige Orientierung war allerdings nach wie vor die Deutung der Weltpolitik als transnationaler Systemkonflikt, dem internationale Machtgegensätze letztlich historisch unausweichlich untergeordnet seien. Auch während der Anti-Hitler-Koalition und nach Kriegsende sei der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus aus Stalins Sicht der weltpolitisch »determinierende Faktor«⁹⁶ geblieben. Der Kalte Krieg, obwohl Wettig die Schuldfrage eigentlich vermeiden will⁹⁷, resultierte aus Stalins ideologischer Fixiertheit. Der Westen konnte von ihm nur als Feind perzipiert werden.⁹⁸ Einerseits von diesem hermetischen Denkmuster gefesselt, war Stalin andererseits ein pragmatischer Politiker, der alles daranzusetzen trachtete, die Sowjetunion nicht in einen größeren Krieg zu verwickeln. In Entscheidungsphasen, so Wettigs zweite Hauptthese, muss man sich Stalin als Alleinherrscher vorstellen: »Stalin controlled everything.«⁹⁹ Die sowjetische Deutschlandpolitik, die im Zentrum von Wettigs Buch steht, war von beiden Elementen beeinflusst. Stalin war taktisch beweglich, ideologisch aber kompromisslos.

In dieser Deutung bewegt sich die Geschichte unaufhaltsam auf ihr Ziel zu, nämlich die Errichtung des sowjetischen Imperiums überall dort, wo die Rote Armee stand und Kontrolle ausübte. Als prinzipiell offen dagegen erscheint Stalins Deutschlandpolitik bei Loth, der eine Aufsatzsammlung mit überwiegend schon an anderer Stelle publizierten Texten herausgebracht hat. Auch er arbeitet mit den archivalischen Quellen, die seit 1989/90 zugänglich sind und in gewissem Umfang – zum Teil unter seiner Mitwirkung – publiziert wurden. Im Unterschied zu Wettig nimmt er die Diskussionen ernst, die im engsten Umfeld des sowjetischen Diktators über die Nachkriegsordnung geführt wurden und die in der Tat erkennen lassen, dass eine Teilung Deutschlands und dazu noch die dauernde militärische Präsenz der USA in Sichtweite der sowjetischen Truppen nicht im Interesse der sowjetischen Führung lag. Stalin verfolgte eine »gesamtdeutsche Strategie« als »Teil einer umfassenderen gesamteuropäischen Strategie«.¹⁰⁰ Bis zur sowjetischen Noteninitiative vom März 1952, deren kontroverse Deutung mittlerweile ganze Bibliotheken füllt, müsse von einer gesamtdeutsch konzipierten Deutschlandpolitik gesprochen werden. An der »Ernsthaftigkeit« der von Stalin vorgetragenen Option, sich auf »ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks« zu verständigen, könne nicht gezweifelt werden.¹⁰¹ Das zentrale Merkmal dieses dann neutralen Deutschlands hätte darin bestanden, dass es »die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde.«¹⁰² Auch Stalins Nachfolgern habe vorübergehend eine »bürgerlich-demokratische Republik« vorgeschwebt.¹⁰³ Also stellt sich die unabweisbare Frage: »Gab es unter den Bedingungen der sowjetischen Deutschlandpolitik eine Möglichkeit, die deutsche Spaltung zu vermeiden oder frühzeitig rückgängig zu machen, die unter demokratischen Prämissen akzeptabel war?«¹⁰⁴

Auf diese Frage wurde schon zeitgenössisch und wird bis heute von den Historikern unterschiedlich geantwortet. Die Art der Antwort hing und hängt von Ausgangspositionen und Erwartungen ab, die politischen Entscheidungen vorgelagert waren beziehungsweise in die Urteilsbildung von Historikern einfließen. Auch wer die Ernsthaftigkeit des sowje-

96 Wettig, Stalin, S. 251.

97 Ebd., S. 4.

98 Ebd., S. 246.

99 Ebd., S. 241.

100 Loth, Sowjetunion, S. 8.

101 Ebd., S. 156 f.

102 Ebd., S. 157.

103 Ebd., S. 233.

104 Ebd., S. 215.

tischen Eintretens für die deutsche Einheit nicht infrage stellt, kann die kontraproduktive Ambivalenz sowjetischer Politik kritisch beurteilen. Loth führt zwei Punkte an, die einer ost-westlichen Kommunikation über die deutsche Frage im Wege gestanden hätten. Verantwortlich seien die »Abschottungspraxis« und »Sicherheitsneurosen« des Westens, aber auch die »Widersprüche in der operativen Praxis der sowjetischen Deutschlandpolitik«, der »revolutionäre Eifer Walter Ulbrichts« und »kommunistisches Klassenkampf-Denken«. ¹⁰⁵ Der von »Misstrauen« erfüllte und für »Wunschvorstellungen« anfällige Stalin habe im Unterschied zu den ostdeutschen Kommunisten den längeren Atem gehabt und wollte im Vertrauen auf den ohnehin erwarteten Sieg des Sozialismus auf dessen »Forcierung« in der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise DDR verzichten. ¹⁰⁶ Allerdings veranlasste er zugleich soviel politische und gesellschaftliche Umgestaltung in Ostdeutschland, dass weder die Entwicklung dort beliebig steuerbar war, noch der gesamtdeutsche Appell in Westdeutschland verfangen konnte. Loth selbst schätzt denn auch die Realisierungschance für eine Alternative zur Weststaatsgründung und Westintegration der Bundesrepublik als »gering« ein. ¹⁰⁷

Mit Ulbricht als Entscheidungsfaktor befasst sich auch Edgar Wolfrum in seiner »Geschichte einer Teilung«. ¹⁰⁸ Darin berichtet er – für ein breiteres Publikum »anschaulich erzählend« ¹⁰⁹ – über vier Jahrzehnte deutscher und europäischer Teilung mit ihren verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen. Die Mauer war zugleich Ereignis und Symbol. Als sie 1961 errichtet wurde, bedurfte es selbstverständlich der Einwilligung Moskaus. Zugleich aber ist die initiierende Rolle Ulbrichts im Vorfeld des Ereignisses klar ersichtlich. ¹¹⁰ Einmal errichtet wurde die Mauer schnell zum Symbol für alles, was mit der Teilung verbunden war.

IV. OSTPOLITIK UND ENTSPANNUNG IN EUROPA

Die Errichtung der Mauer gehört zu den bis 1968 wiederholt auftretenden Gewaltakten, die die sowjetische Führung zur Absicherung ihres Imperiums für erforderlich hielt. Da sie das amerikanische Imperium in Europa nicht direkt bedrohten und zugleich kein Krieg zur Befreiung des Ostens infrage kam, lag es westlicherseits nahe, die Brutalität sowjetischer Herrschaft als innere Angelegenheit des Sowjetimperiums zu betrachten. Damit einher ging die Suche nach Alternativen zur Konfrontationspolitik der Stärke, die entgegen allen im Westen und nicht zuletzt auch im Osten geweckten Hoffnungen keinen Wandel erzwingen konnte und auch nicht zu Fortschritten in der deutschen Frage geführt hatte. Wie diese Suche in West-Berlin aufgenommen wurde, zeigt Arne Hofmann in seiner Dissertation. ¹¹¹ Sie stellt einen wichtigen Beitrag zu dem größeren Themenkomplex »Ost-West-Entspannung« dar, der im Zuge der Öffnung der Archive in den letzten Jahren ins Zentrum der Forschung gerückt ist. Hofmann geht der von Brandt und Kennedy in engem Gedankenaustausch erörterten Frage nach, wie auf den Bau der Mauer reagiert wer-

105 Ebd., S. 7f. und S. 26.

106 Ebd., S. 19.

107 Ebd., S. 26.

108 *Edgar Wolfrum*, Die Mauer. Geschichte einer Teilung, C. H. Beck Verlag, München 2009, 192 S., geb., 16,90 €.

109 Ebd., S. 9.

110 Dazu vor allem *Hope M. Harrison*, Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton, NJ/Oxford 2003.

111 *Arne Hofmann*, The Emergence of Détente in Europe. Brandt, Kennedy and the Formation of Ostpolitik (Cold War History Series, Bd. 15), Routledge, London/New York 2007, 225 S., geb., 125,00 \$.

den sollte. Was dabei herauskam, war nicht weniger als ein entspannungspolitischer Ansatz in Europa im Allgemeinen und das Konzept einer neuen Ostpolitik im Besonderen. Schon einige Jahre zuvor hatte Brandt eine ostpolitische Ergänzung zur Westpolitik der Bundesrepublik angemahnt.¹¹² Nach dem Bau der Mauer sah er sich dazu gezwungen.

Hofmann rekonstruiert die keineswegs immer spannungsfreie Interaktion zwischen dem Schöneberger Rathaus und dem Weißen Haus. In engster Fühlung mit seinem Pressesprecher Egon Bahr provozierte Brandt große Teile der westdeutschen Öffentlichkeit, seine eigene Partei eingeschlossen, indem eine paradox anmutende These formuliert wurde. Man müsse die Realität der kommunistischen Herrschaft und der bestehenden Nachkriegsordnung zunächst einmal anerkennen, wenn man sie langfristig verändern wolle. »Wandel durch Annäherung« lautete die zu vielen Missverständnissen Anlass gebende Formel. Dahinter verbarg sich eine Transformationsstrategie, die über Kontakte aller Art – Brandt und Kennedy benutzten übereinstimmend den Begriff »Kommunikation« – zu einer allmählichen Durchlässigkeit bestehender Grenzen und zur Öffnung des Ostens führen sollte. Von hier zieht Hofmann die Linie zur Umsetzung dieser Vorstellungen durch die 1969 gebildete sozial-liberale Bundesregierung. Merkwürdigerweise spart er die Jahre der Großen Koalition in Bonn ebenso aus wie die Détentevorstellungen Präsident Lyndon B. Johnsons.

Nicht nur in der Politik waren in den 1960er Jahren Stimmen zu vernehmen, die für einen ost-westlichen Brückenbau eintraten. Sie fanden sich – wie in der Politik zunächst nur vereinzelt – überall dort, wo die Notwendigkeit gespürt wurde, aus dem Schatten sowohl des Zweiten Weltkriegs als auch des Kalten Kriegs hervorzutreten. Ein herausragendes Beispiel dafür sind kirchliche Initiativen in der Bundesrepublik und in Polen, denen in einem von Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki und Klaus Ziemer edierten Band nachgegangen wird.¹¹³ Unabhängig voneinander meldeten sich kurz nacheinander im Oktober und November 1965 die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit ihrer Ostdenkschrift und die polnischen Bischöfe mit einem Brief an ihre deutschen Amtsbrüder zu Wort. Die Autoren der EKD-Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« wollten einen Anfang zur Aussöhnung mit Polen machen. Das polnische Episkopat lud die deutschen Bischöfe mit dem unerhört klingenden Satz »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung« zu den 1966 anstehenden Feiern zum tausendsten Jahrestag der Christianisierung Polens ein. In den je unterschiedlichen innenpolitischen und gesellschaftlichen Kontexten der Bundesrepublik, wo die Komplexität der Deutsche und Polen gleichermaßen betreffenden Vertriebenenproblematik noch lange nicht emotionsfrei diskutiert werden konnte, und Polens, wo sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zuspitzte, blieben beide Aufrufe ohne größere entspannungspolitisch wirksame Resonanz. Das schmälert keineswegs ihre historische Bedeutung, zeigt aber, dass es ausreichender politischer Rahmenbedingungen bedurfte, um aus einzelnen Stimmen einen größeren Chor zu machen. Sie zeichneten sich in der Bundesrepublik mit der »neuen« Ostpolitik der Großen Koalition ab.

Ostpolitik aus einem Guss war allerdings erst möglich, nachdem die Regierung Brandt/Scheel gebildet worden war. Gleichwohl sollte man den ostpolitischen Zäsurcharakter

112 *Wolfgang Schmidt*, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963*, Wiesbaden 2001; *ders.*, *Die Wurzeln der Entspannung. Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, in: *VfZ* 51, 2003, S. 521–563.

113 *Friedhelm Boll/Wiesław Wysocki/Klaus Ziemer* (Hrsg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 27), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2009, 425 S., geb., 48,00 €. Vgl. auch *Friedhelm Boll* (Hrsg.), »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung«. 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006.

dieses Regierungswechsels nicht überbetonen. Dazu neigt Julia von Dannenberg, die den Moskauer Vertrag unter besonderer Berücksichtigung des Bonner Entscheidungsprozesses und der kontroversen öffentlichen Auseinandersetzung darüber untersucht hat.¹¹⁴ Die Verbissenheit der in der Bundesrepublik geführten Debatte darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wesentliche Grundlagen der ›neuen‹ Ostpolitik – getragen von einer vergleichsweise breiten gesellschaftlichen Zustimmung – schon vor 1969 gelegt wurden.¹¹⁵ Dem trägt die Autorin auch ungeachtet ihrer Hauptthese in einem größeren Kapitel durchaus Rechnung. Dort werden die innerparteilichen Widerstände erörtert, die aus der CDU/CSU kamen und mit denen sich Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger auseinandersetzen hatte¹¹⁶, während Außenminister Brandt über größeren, wenn auch nicht vollständigen Rückhalt in seiner Partei verfügte und zudem hoffen konnte, im Bündnis mit der FDP als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler eine Regierung unter seiner Führung bilden zu können.

Wie fast alle hier besprochenen Werke zieht auch Dannenberg in erheblichem Umfang Archivmaterial heran, allerdings in erster Linie aus westdeutschen Beständen. Für den internationalen Kontext der Ostpolitik stützt sie sich auf die vorliegende Literatur. Was im Fall eines begrenzten Dissertationsprojekts aus arbeitsökonomischen Gründen nachvollziehbar ist, kann wissenschaftlich allerdings nicht befriedigen. Eine internationale Geschichte der Ostpolitik bleibt ein Desiderat. Worauf sie einzugehen hätte, lassen zwei Sammelbände zum Verlauf der Entspannungspolitik in Europa erkennen. Die Autoren des von Wilfried Loth und Georges-Henri Soutou betreuten Bandes thematisieren Europa-spezifische Vorstellungen von Entspannung und deren politische Realisierung.¹¹⁷ Anhand ausgewählter Beispiele in West- und Osteuropa wird Entspannung als dynamische Transformationsstrategie beschrieben, die im Unterschied zur stabilitätsorientierten Détente der Supermächte den politischen Status quo der Teilung Europas überwinden wollte und in einem ersten Schritt den KSZE-Prozess auf den Weg brachte. Welche Bedeutung der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen dabei hatte, bleibt hier ebenso ausgespart wie in dem von Poul Villaume und Odd Arne Westad verantworteten Band.¹¹⁸ Er zeichnet sich aber dadurch aus, dass die »Perforation des Eisernen Vorhangs« nicht nur auf der staatlichen, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene untersucht wird. Ein Erfolg westeuropäischer Entspannungspolitik, den auch die USA später zu nutzen trachtete, bestand darin, dass die ursprünglich von der Sowjetunion für die Europäische Sicherheitskonferenz (ESK) vorgeschlagenen Themen (Gewaltverzicht, Anerkennung des territorialen Status quo, Wirt-

114 *Julia von Dannenberg*, *The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR* (Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2008, 301 S., geb., 55,00 £; großes Gewicht wird der innenpolitischen Komponente des außenpolitischen Richtungstreits auch zugewiesen von *Joost Kleuters*, *Between Continuity and Change: Ostpolitik and the Constructionist Approach Revisited*, in: *German Politics* 18, 2009, S. 519–535.

115 *Klaus Schönhoven*, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004.

116 *Andreas Grau*, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005; *Werner Link*, *Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966 bis 1975*, in: *Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009, S. 115–139; *Gerhard Wettig*, *Alois Mertes und die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der sozial-liberalen Bundesregierung*, in: *Historisch-politische Mitteilungen* 16, 2009, S. 199–216.

117 *Loth/Soutou*, *Making of Détente*.

118 *Poul Villaume/Odd Arne Westad* (Hrsg.), *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985*, Museum Tusulanum Press, Kopenhagen 2010, 272 S., geb., 61,00 \$.

schaftsbeziehungen) um den Punkt »Informationsaustausch und kulturelle Kontakte« erweitert wurden. Entsprechende Vereinbarungen (Korb III der KSZE) dienten Journalisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern, Künstlern oder Dissidenten in den Ländern des Warschauer Pakts und ihren westlichen Unterstützerguppen als Ausgangspunkt für die Forderung nach Liberalisierung und Anerkennung der Menschenrechte als universelles Recht.

Welchen Anteil die Ost-West-Entspannung in Europa an der schließlichen Überwindung des Ost-West-Konflikts hatte, wird unterschiedlich beantwortet. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Entspannung keinen linearen Verlauf genommen hat. Schon während der Kanzlerschaft Willy Brandts stellte sich heraus, dass zu überzogener Euphorie kein Anlass bestand. Abgesehen davon, dass es keine ideologische Koexistenz zwischen dem westlichen und dem östlichen Gesellschaftsentwurf gab und es gerade in einer Phase der zwischenstaatlichen Annäherung zu verstärkten Abwehrhaltungen auf der innenpolitischen und gesellschaftlichen Ebene mit dem Ziel der Immunisierung der jeweiligen eigenen Ordnung kam, blieben nach Abschluss der Ostverträge und des Berlin-Abkommens in beträchtlichem Ausmaß Differenzen bestehen, die deutlich machten, dass es sich bei der ost-westlichen Kooperation um eine antagonistische Kooperation handelte. Ablesbar war dies etwa an den hohen und zum Teil überhöhten Erwartungen in der Sowjetunion oder in Polen an die finanziellen und wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen, die von der Bundesrepublik erhofft wurden. Hinzu kam eine Unsicherheit dadurch, dass die Bundesrepublik mit den Verträgen von Moskau und Warschau zwar die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen anerkannt hatte, aber nicht deren Unverrückbarkeit. Auch in der Ende 1972 mit den in Dipoli bei Helsinki stattfindenden Vorgesprächen für die KSZE einsetzenden multilateralen Phase der europäischen Entspannung konnte sich die Bundesrepublik mit ihrer Auffassung durchsetzen, dass Grenzen – sprich: die innerdeutsche Grenze – auf friedlichem Weg und aufgrund von Vereinbarungen verändert werden können. Derartige Themenbereiche, die im Alltag der Entspannungspolitik die Grenzen der Annäherung markierten¹¹⁹, finden sich in einem von Carole Fink und Bernd Schäfer edierten Tagungsband, in dem den Reaktionen auf Brandts Ostpolitik nachgegangen wird.¹²⁰ Die Besonderheit des Bandes liegt darin, dass nicht nur ausgewählte Warschauer Pakt- und NATO-Staaten (Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, USA und Frankreich) behandelt werden, sondern auch das neutrale Jugoslawien und außereuropäische Länder (Volksrepublik China, Südkorea, Indien, Israel und Südafrika).

Das deutsche Wort »Ostpolitik« wurde weltweit verstanden und spätestens seit der Verleihung des Friedensnobelpreises für Brandt 1971 rief die Ostpolitik auch unter konflikttheoretischen und friedenspolitischen Gesichtspunkten allgemeines Interesse hervor. War sie auf Konflikte anderswo zu übertragen? Konnte das geteilte Korea davon lernen? War dem Nahostkonflikt damit beizukommen? Auch die anderen in diesem Band behandelten Beispiele lassen erkennen, dass das Modell »Ostpolitik« nicht übertragbar war. Was an der europäischen Front des Ost-West-Konflikts möglich war, ließ sich in anderen Konfliktfällen nicht umstandslos wiederholen. Gleichwohl sehen die Herausgeber in der Ostpolitik ein Lehrstück auch für die »heutige Welt«.¹²¹ Ihre Leistung habe darin bestan-

119 Dazu auch *Werner Link*, Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen Moskauer Vertrag (1970) und Wiedervereinigung, in: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen* 3, 2008, S. 309–353.

120 *Carole Fink/Bernd Schaefer* (Hrsg.), *Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses* (Publications of the German Historical Institute), Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2009, 289 S., geb., 45,00 £; mit den Impulsen des entspannungspolitischen Konzepts der SPD für die Transformation des Nord-Süd-Konflikts befasst sich *Sara Lorenzini*, *Globalising Ostpolitik*, in: *CWH* 9, 2009, S. 223–242.

121 *Carole Fink/Bernd Schaefer*, *Conclusion*, in: *dies.*, *Ostpolitik*, S. 269–273, hier: S. 269.

den, aus den Feindschaften des Kalten Kriegs normale Gegnerbeziehungen zu machen. Gegenüber der Welt des Kalten Kriegs war die Ostpolitik insofern »innovativ«¹²², als sie der anderen Seite kommunikativ begegnete und sich vom Prinzip des Gewaltverzichts leiten ließ. Dass die Bonner Ostpolitiker auch über den Status quo hinaus planten und die Teilung Deutschlands und Europas überwinden wollten, war aus Moskauer und mehr noch aus Ost-Berliner Sicht störend, konnte aber hingenommen werden, weil »peaceful change through diplomacy, trade, and human contacts«¹²³ nicht als Gefahr eingestuft wurde. Kurzfristig bestand tatsächlich keine Gefahr für den Bestand des sowjetischen Imperiums. Andernfalls wäre dessen Führung nicht darauf eingegangen. Anders formuliert: Die Ostpolitik konnte nicht zuletzt darum erfolgreich sein und zu einer historischen Wende in den Ost-West-Beziehungen beitragen, weil alle Beteiligten daran interessiert waren. Auch der sowjetischen Führung war an der Wende zu den 1970er Jahren an Entspannung in Europa gelegen. Insofern ergänzten sich deutsche Ostpolitik und sowjetische Westpolitik und trugen zu einer entspannungspolitisch tragfähigen Struktur bei. Hinzu kommt, dass auch die Westmächte den Interessenausgleich mit der Sowjetunion suchten. Im Vergleich zu amerikanischen oder französischen Vorstellungen war die Bundesrepublik zunächst ein entspannungspolitischer Nachzügler, bevor sie sich – begleitet vom Misstrauen in Washington und Paris hinsichtlich ihrer Loyalität gegenüber dem Westen – an die Spitze des europäischen Entspannungsprozesses setzte. Sie konnte aber nur vor dem Wind segeln, weil sich die USA als Garant westdeutscher Sicherheit in derselben Luftströmung bewegten.

Wie Großbritannien mit der deutschen Frage umging, auf die Ostpolitik reagierte und die KSZE bewertete, hat Luca Ratti in einer auf selektivem Quellenstudium basierenden Abhandlung umrissen.¹²⁴ Anders als Frankreich oder die USA verfolgte die britische Regierung – unabhängig davon, ob sie von der Labour Party oder den Konservativen gebildet wurde – den epochalen Vorgang der Détente und die Rolle der Bundesrepublik darin aus skeptischer Distanz. Selbst noch stark den Denkmustern des Kalten Kriegs verhaftet, betrachtete die »politische Elite«, von der Ratti im Wechsel mit den »Entscheidungsträgern« fortwährend spricht, die Ostpolitik mit einigem Argwohn, weil eine Beeinträchtigung der Vier-Mächte-Rechte befürchtet wurde, weil ferner von der Bonner Transformationsstrategie eine unkontrollierbare Destabilisierung auszugehen schien und weil schließlich einer möglichen Wiedervereinigung, die im Zuge einer Reduzierung von Ost-West-Spannungen denkbar erschien, nichts Positives abgewonnen werden konnte. Rattis Studie macht vor allem deutlich, wie stark die britische Deutschlandperzeption von historisch erklärbaren Besorgnissen bestimmt wurde, zugleich aber auch, dass das politische Handeln davon nicht determiniert wurde. Schon vor dem Hintergrund der eigenen Interessenlage hat London die Ostpolitik nicht behindert. Mit dem durch den Rückzug »östlich von Suez« noch einmal beschleunigten Abschied vom Empire konfrontiert und den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) anstrebend, war die Bundesrepublik der natürliche Verbündete in Europa.

Einen insularen Blick auf die Ost-West-Beziehungen konnten sich kleinere und dem sowjetischen Imperium direkt benachbarte Staaten wie Österreich oder Finnland nicht leisten. Österreich profilierte sich als entspannungspolitisches Pionierland. Wie es seine

122 Ebd.

123 Ebd.

124 Luca Ratti, *Britain, Ost- and Deutschlandpolitik, and the CSCE (1955–1975)*, Peter Lang, Bern/Berlin etc. 2008, 268 S., kart., 49,60 €; zu diesem Komplex vgl. auch Robert Gerald Hughes, *Britain, Germany, and the Cold War: The Search for a European Détente, 1949–1967*, London/New York 2007; Geraint Hughes, *Harold Wilson's Cold War. The Labour Government and East-West Politics 1964–1970*, London 2009; Dominik Geppert, Großbritannien und die Neue Ostpolitik der Bundesrepublik, in: VfZ 57, 2009, S. 385–412.

Rolle verstand und seine bilateralen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn gestaltete, ist in dem von Arnold Suppan und Wolfgang Mueller herausgegebenen Sammelwerk nachzulesen, das in 21 Beiträgen den gesamten Zeitraum zwischen 1945 und 1989 abdeckt.¹²⁵ Seit dem Staatsvertrag von 1955 verfolgte Österreich mit seiner »Nachbarschaftspolitik« das Ziel einer Normalisierung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ostbeziehungen. Realistischerweise galt dabei die Sowjetunion, deren hegemonialen Anspruch in Ostmittel- und Südosteuropa es zu respektieren galt, als erste Anlaufstelle. Als der französische Staatspräsident de Gaulle die Blockkonfrontation in Europa abbauen wollte und bald darauf die deutsche Ostpolitik das Tempo der Entspannungspolitik zu bestimmen begann, ging die Bedeutung Österreichs für den Ausbau der Ost-West-Beziehungen zurück, was aber in gewisser Weise durch die Rolle des Landes bei der Vorbereitung und Verstetigung des KSZE-Prozesses ausgeglichen wurde. In der kollektiven Erinnerung ist es kein Zufall, dass der Stacheldraht in einer symbolträchtigen Aktion 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze durchtrennt wurde.

Stärker noch war Finnland mit der KSZE verbunden. Im Mai 1969 bot sich die finnische Regierung als Gastgeber für Verhandlungen zur Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz an. Finnland habe gute Beziehungen zu allen vom europäischen Sicherheitsproblem betroffenen Ländern und Helsinki sei ein geeigneter Tagungsort für entsprechende Sondierungen. Was wie eine finnische Initiative aussah, war tatsächlich auf ein sowjetisches Ansinnen zurückzuführen. Finnland sollte sich den Budapester Appell vom März 1969 zu eigen machen, in dem das zentrale Anliegen der Sowjetunion, den territorialen Status quo in Europa festzuschreiben, wieder einmal zum Ausdruck gekommen war. Finnland sollte als neutrales Land die Einberufung einer diesem Zweck dienenden Sicherheitskonferenz vorschlagen. Die dann tatsächlich ausgesprochene Einladung zu einer solchen Konferenz nutzte die finnische Regierung dazu, ihre Stellung zwischen der übermächtigen Sowjetunion, mit der sie seit 1948 durch einen Vertrag über »Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« verbunden war, und dem Westen zugunsten einer Festigung der sowjetische Ansprüche abwehrenden Neutralität zu stärken. Die finnische Handschrift bei der Konferenzinitiative war daran zu erkennen, dass es keinerlei Vorbedingungen für die Aufnahme von Gesprächen geben sollte und dass auch die USA und Kanada Konferenzteilnehmer sein sollten. Das Insistieren auf dem Neutralitätsstatus als hohem Gut finnischer Politik hatte nicht zuletzt auch einen deutschlandpolitischen Hintergrund, den Seppo Hentilä auf der Grundlage finnischer, deutscher und amerikanischer Akten ausleuchtet.¹²⁶ Finnland unterhielt bis 1973 zu keinem der beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen. Damit war, wie die finnische Regierung in ihrem Einladungsschreiben unterstrich, in der »Einstellung zum wichtigsten europäischen Sicherheitsproblem, der deutschen Frage«, in ausreichender Weise »Ausgewogenheit« gewährleistet.¹²⁷ Sollte die Sicherheitskonferenz tatsächlich zustande kommen und zu Ergebnissen führen, womit in finnischen Regierungskreisen zunächst niemand wirklich rechnete, wäre auch der Druck weggenommen, der infolge des Kalten Kriegs auf der finnischen Deutschlandpolitik lastete.

125 Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hrsg.), »Peaceful Coexistence« or »Iron Curtain«. Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989 (Europa Orientalis, Bd. 7), LIT Verlag, Wien/Berlin 2009, 526 S., kart., 39,90 €.

126 Seppo Hentilä, Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten. Finnland und Deutschland im Kalten Krieg (Schriftenreihe des Finnland-Instituts in Deutschland, Bd. 7), Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2006, 252 S., kart., 25,00 €. Vgl. auch Thomas Fischer, »A mustard seed grew into a bushy tree«: The Finnish CSCE Initiative of 5 May 1969, in: CWH 9, 2009, S. 177–201.

127 Hentilä, Neutral, S. 124.

Die Konferenz war nur unter Beteiligung beider deutscher Staaten vorstellbar, was wiederum eine Klärung des internationalen Status der DDR voraussetzte. Niemand konnte im Mai 1969 vorhersagen, wie rasch dies gelingen würde. Finnland blieb in dieser unbestimmten Lage nicht untätig und forcierte im Windschatten der Entspannungspolitik eigene deutschlandpolitische Initiativen, mit denen es seinen Spielraum zu wahren wusste: sowohl im Verhältnis zur Sowjetunion, die 1970 parallel zum Moskauer Vertrag mit der Bundesrepublik auf einer vorzeitigen Verlängerung des sowjetisch-finnischen Vertrags bestand, als auch in den Beziehungen zur Bundesrepublik, die den Zeitplan zur internationalen Anerkennung der DDR unter Kontrolle halten wollte. Durchaus mit der Außenpolitik der Bundesrepublik vergleichbar orientierte sich Finnland »an der weltpolitischen Entwicklung«.¹²⁸ Was sie an Bewegungsspielraum in der Phase der Entspannung zwischen den Blöcken zuließ, wurde zielstrebig genutzt, um den Status der Neutralität zu konsolidieren und damit Moskau auf Distanz zu halten.

V. DIE KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Das finnische Beispiel steht für einen Trend, der die Ost-West-Beziehungen im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren veränderte. Nach wie vor existierte die bipolare Welt der Supermächte. Ihr Einfluss auf die mittleren und kleineren Staaten Europas und deren Abhängigkeit von ihnen waren unübersehbar. Unübersehbar war es, wie schon erwähnt, aber auch, dass die europäischen Staaten – seien es die blockgebundenen, seien es die neutralen Staaten – selbstbewusster auftraten und eigene Initiativen entwickelten. Gezeigt hat sich dies in den Verhandlungen, die 1975 zur Schlussakte der KSZE in Helsinki geführt haben. Ihnen hat sich die Forschung unter verschiedenen Fragestellungen zugewandt. Eine erste Bilanz wurde 2005 auf einer internationalen Konferenz angestrebt, zu der ein von Andreas Wenger, Vojtech Mastny und Christian Nuenlist herausgegebener Band vorliegt.¹²⁹ Wenger und Mastny eröffnen ihn mit einer längeren Einleitung, in der deutlich wird, dass der Gipfel von Helsinki 1975 auf eine Entwicklung zurückzuführen ist, die zu verschiedenen Zeitpunkten von unterschiedlichen Akteuren vorangetrieben wurde.¹³⁰ Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten als Initiatoren drängten auf eine Fixierung der territorialen Nachkriegsordnung. In Westeuropa rief der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz im Zuge entspannungspolitischer Überlegungen seit Ende der 1960er Jahre zunehmend ein positives Echo hervor, während die USA wenig für eine derartige Übung in multilateraler Diplomatie übrig hatten, den Beginn von Verhandlungen aber nicht verhinderten. Die treibenden Kräfte bei der Festsetzung der zu erörternden Themen und bei den Verhandlungen selbst waren einmal die Mitgliedsstaaten der EG, wobei der Bundesrepublik eine Art Vetoposition zukam, weil sie auf die Vereinbarkeit von Deutschlandpolitik und Ost-West-Entspannung bestand; ferner die neutralen Staaten, die in Verfahrensfragen und inhaltlich eine eigenständige Position anstrebten. Ernüchternd war es dann allerdings für die kleineren und mittleren Staaten, dass letzte Entscheidungen wieder auf der Supermächtebene getroffen wurden, nachdem Kissinger seine Distanz gegenüber der KSZE aus guten Gründen aufgegeben hatte. Das in die Zukunft weisende Ergebnis der jahrelangen Verhandlungen bestand darin, dass Sicherheit in Europa nicht nur als Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen diskutiert wurde. Viel-

128 Ebd., S. 225.

129 *Andreas Wenger/Vojtech Mastny/Christian Nuenlist* (Hrsg.), *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75* (CSS Studies in Security and International Relations), Routledge, London/New York 2008, 262 S., geb., 70,00 £.

130 *Andreas Wenger/Vojtech Mastny*, *New Perspectives on the Origins of the CSCE Process*, in: *Wenger/Mastny/Nuenlist*, Origins, S. 3–22.

mehr fand ein erweiterter Sicherheitsbegriff Eingang in die Schlussakte, weil auch Menschenrechtsfragen als konstitutiv für Frieden in Europa anerkannt wurden. Zukunftsorientiert war ferner, dass friedlicher Wandel in Europa möglich sein sollte, was auch die »Vision« einer friedlichen Überwindung des Ost-West-Konflikts einschloss.¹³¹

Dieses Themenspektrum¹³² wird in vier Abschnitten mit je drei Beiträgen behandelt. Der erste Abschnitt gilt der Einstellung der Supermächte sowie Kanadas zur europäischen Détente. Darauf folgen zwei Abschnitte über »östliche« und »westliche« Strategien während der KSZE-Verhandlungen. Die Ausführungen zum Warschauer Pakt enden allerdings schon 1969. Unter »östlich« rangiert erstaunlicherweise auch ein Vergleich der negativen Positionen Chinas und der CDU/CSU, während ein eigener Beitrag über ein Schlüssel-land wie Ungarn fehlt. Die Beiträge des letzten Abschnitts sind sowohl länder- als auch themenbezogen. Darunter findet sich ein Aufsatz zur Rolle der Neutralen – ein Thema, das sich Thomas Fischer in einer sorgfältig recherchierten Studie vorgenommen hat.¹³³ Mit Schwerpunkt auf den neutralen Staaten Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland und dem blockfreien Jugoslawien untersucht er eine Staatengruppe, die als »N[eu]tral]+N[on-aligned] states« in verschiedenen Phasen der KSZE mit eigenen Vorschlägen hervorgetreten sind und im Laufe der Konferenz eine eigene Gruppenidentität entwickelt haben. Ihr Einfluss war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie sowohl ihre Interessen verfolgten als auch die Rolle von Mediatoren spielten. Schritt für Schritt beschreibt Fischer den Ablauf der zuerst 1972/73 in Dipoli bei Helsinki und dann 1973 bis 1975 in Genf geführten Verhandlungen, ohne dabei zu übersehen, dass die außerhalb des multilateralen Verhandlungsgitters geführten bilateralen Kontakte der Supermächte für den großen, den Gipfel von Helsinki ermöglichenden Durchbruch unverzichtbar waren.¹³⁴

Den N+N-Staaten vergleichbar trat bei den KSZE-Verhandlungen eine weitere Staatengruppe auf, die sich als kollektiver Akteur verstand. Die Sowjetunion weigerte sich, die EG anzuerkennen, aber ihre Mitgliedsstaaten waren es, die die von westlichen Normen und Interessen geprägte Sicherheitsagenda durchsetzten. Diese internationale Beobachter überraschende Abgestimmtheit war auf den politischen Impetus zurückzuführen, der vom europäischen Gipfel in Den Haag 1969 ausgegangen war und mit dem Ziel der Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft zur »zweiten Großphase«¹³⁵ der westeuropäischen Integration geführt hatte. Als organisatorischer Rahmen diente ein 1970 geschaffenes Gremium, die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die der außenpolitischen Koordinierung der EG-Staaten dienen sollte. Über deren verheißungsvoll erscheinenden Start hat mit Schwerpunkt auf den Jahren 1973/74 und unter Konzentration auf Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien Daniel Möckli eine quellennahe und methodisch reflektierte Untersuchung vorgelegt.¹³⁶ Allerdings reichte das ge-

131 Ebd., S. 19.

132 Siehe dazu auch *Bange/Niedhart*, Helsinki 1975.

133 *Thomas Fischer*, *Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975* (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 12), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009, 392 S., kart., 59,00 €.

134 Wie begrenzt die »neutral power« sein konnte, zeigte sich schon beim ersten KSZE-Folgetreffen in Belgrad 1977/78, das von den amerikanisch-sowjetischen Differenzen über die Umsetzung der in Helsinki formulierten Menschen- und Bürgerrechte beherrscht wurde. Dazu fand 2008 eine Konferenz in Belgrad statt, bei der auch noch einmal auf die Anfänge des KSZE-Prozesses eingegangen wurde. Solange der von Bilandžić/Dahlmann/Kosanović geplante Tagungsband noch nicht vorliegt, kann herangezogen werden: *Vladimir Bilandžić/Milan Kosanović* (Hrsg.), *From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78*, Belgrad 2008.

135 *Franz Knipping*, Rom, 25. März 1957. *Die Einigung Europas*, München 2004, S. 156.

136 *Daniel Möckli*, *European Foreign Policy during the Cold War. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity*, I. B. Tauris, London/New York 2009, 476 S., geb., 73,00 \$; zur

schlossene Auftreten der EG-Europäer bei der KSZE nicht aus, um den »Traum« eines mit einer Stimme sprechenden Europa wahr werden zu lassen. Zum einen gab es im Dreieck Paris/Bonn/London nicht nur die von Möckli herausgestellten vertrauensvollen Übereinstimmungen. Neben dem momentanen Gleichklang bestanden die unterschwelligeren Vorbehalte und spezifischen nationalen Interessendefinitionen fort. Aus französischer Sicht etwa galt es, die *incertitudes allemandes* sowohl durch den Beitritt Großbritanniens zur EG als auch durch die Einbindung der Ostpolitik in das multilaterale KSZE-Geflecht einzukapseln. Das Insistieren wiederum der Bundesrepublik auf einer für sie befriedigenden Verankerung des Prinzips des friedlichen Wandels von Grenzen in den KSZE-Texten erinnerte Frankreich und Großbritannien in für sie nicht eben angenehmer Weise daran, dass die deutsche Frage keineswegs erledigt war. Zum anderen zeigte sich sehr schnell, dass die Europäer zwar eine eigene sicherheitspolitische Botschaft und eine Idee von ihrer Rolle in der Welt hatten, dass sie aber nicht über die Mittel zu ihrer Umsetzung verfügten. In den auf der KSZE diskutierten Ost-West-Beziehungen hatten die Neun solange eine Stimme von Gewicht, wie die Supermächte es zuließen. In den transatlantischen Beziehungen, wo die EG Gleichberechtigung einforderte, zeigte Kissinger die Schranken auf.¹³⁷ Die Nahostkrise im Herbst 1973 und ihre Nachwirkungen, als sich der europäische Konsens unter dem Druck der Wirtschafts- und Finanzkrise in Luft auflöste, machten das Fiktive des europäischen außenpolitischen Projekts vollends klar: »The Europeans painfully came to feel the consequences of the fact that they were as dependent on Arab oil for their economic security as they were dependent on the US for their military security.«¹³⁸

Möcklis Dissertation bewegt sich auf drei einander überlappenden Feldern, die ansonsten in der Forschung oft getrennt betrachtet werden: westeuropäische Integration, Ost-West-Konflikt und transatlantische Beziehungen. Parallel dazu hat sich Angela Romano mit derselben Thematik auseinandergesetzt.¹³⁹ Ihre Dissertation ist einerseits breiter angelegt, weil sie mit einem deutlichen Akzent auf der EG den Westen insgesamt in den Blick nimmt, bleibt andererseits aber stärker an der ereignisgeschichtlichen Oberfläche und verschenkt zudem viel Raum, indem sie sich lange mit allgemein bekannten Fakten des Gipfels von Helsinki 1975 und seiner Vorgeschichte aufhält. In der Diskussion über die Langzeitwirkung von Helsinki vertritt sie eine eindeutige Position. Im Unterschied zur Supermachtdétente habe die europäische Détente eine eigene Dynamik dadurch entfaltet, dass europäische Sicherheit nicht nur als Gegenstand der internationalen, sondern auch der transnationalen Beziehungen konzipiert wurde. Dadurch seien die Bedingungen geschaffen worden, die zur Überwindung der Teilung des Kontinents geführt hätten.

Über die Auswirkungen der Entspannungspolitik im Allgemeinen und des »Helsinki-Effekts«¹⁴⁰ im Besonderen herrscht in der Literatur kein Konsens. Dass Autoren, die die Hintergründe und den Verlauf der Entspannungspolitik zum Gegenstand ihrer Forschung gemacht haben, einen wie auch immer gearteten Zusammenhang zwischen ost-westlicher

Rolle der EG-Staaten vgl. auch *Richard Davy*, Helsinki Myths: Setting the Record Straight on the Final Act of the CSCE, 1975, in: CWH 9, 2009, S. 1–22.

137 Zum Kontext *Matthias Schultz/Thomas A. Schwartz* (Hrsg.), *The Strained Alliance. U. S.-European Relations from Nixon to Carter*, Cambridge 2010; *Kenneth Weisbrode*, *The Atlantic Century. Four Generations of Extraordinary Diplomats Who Forged America's Vital Alliance with Europe*, Cambridge, MA 2009, S. 203 ff.

138 *Möckli*, *European Foreign Policy*, S. 361.

139 *Angela Romano*, *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE* (Euroclio, Nr. 44), P.I.E. Peter Lang, Brüssel/Bern etc. 2009, 248 S., kart., 32,60 €.

140 *Daniel C. Thomas*, *The Helsinki Effect: International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton, NJ 2001.

Entspannungspolitik und der Auflösung des Ost-West-Konflikts herstellen, könnte schlicht daraus resultieren, dass sie das Ende des Konflikts kennen und aus der Retrospektive vor-eilige Schlüsse ziehen. Prinzipiell gilt auch hier, dass in einem interdependenten System, wie es das zugleich inter-, trans- und supranationale System der 1970er und 1980er Jahre darstellte, die Isolierung einzelner Faktoren beziehungsweise deren Zurechnung nicht möglich ist. Andererseits war es nicht unerheblich, dass im Verlauf sowohl der bipolaren amerikanisch-sowjetischen Détente als auch der zunehmend multipolaren europäischen Entspannung kooperative und zivile Elemente in einem vorher nicht gekannten Ausmaß eingeführt und zugelassen wurden. In historischer Perspektive bezeichnet Fischer schon die oben erwähnte finnische Einladung 1969 zu einer Sicherheitskonferenz als »turning point in European Cold War history«. ¹⁴¹ Loth und Soutou weisen der KSZE-Schlussakte dieselbe Bedeutung zu. ¹⁴² Helsinki änderte nichts an der Rivalität der Staaten und Systeme, aber es modifizierte den Zustand der Konfrontation dahingehend, dass der »große Krieg« damit »noch eine Spur unwahrscheinlicher« und »der Friede nochmals eine Idee m glichlicher« wurde. ¹⁴³

VI. DIE KRISE DER DÉTENTE UND DAS ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS – ODER: WAS WAR DER KALTE KRIEG?

Das zeitgenössische Urteil fiel weitaus vorsichtiger, oft auch negativ aus. Auch zahlreiche Historiker neigen dazu, von einem »zweiten Kalten Krieg« zu sprechen, wenn sie die späten 1970er und frühen 1980er Jahre behandeln. So spricht Leopoldi Nuti, einer der führenden Köpfe unter den zahlreichen italienischen Historikern, die die internationale Forschung zum Ost-West-Konflikt vorangetrieben haben, in der Einleitung zu einem von ihm herausgegebenen Konferenzband über das Jahrzehnt nach Helsinki von der »Rückkehr des Kalten Kriegs nach Europa«. ¹⁴⁴ Wenige Zeilen weiter dankt er Ennio Di Nolfo für dessen Pionierrolle als akademischer Lehrer und Organisator der italienischen Zeitgeschichtsforschung, der allerdings schon vor Jahren dafür plädiert hat, den Begriff des Kalten Kriegs schärfer zu fassen und für die Ost-West-Auseinandersetzung der Jahre zwischen 1947 und 1955 zu reservieren. ¹⁴⁵ Wie ungeklärt die Terminologie ist, zeigt sich schließlich im Titel des Bandes, wo von der »Krise der Détente« gesprochen wird.

141 *Fischer*, *Neutral Power*, S. 100.

142 *Loth/Soutou*, *Making of Détente*, S. 3: »We now realize that Helsinki was the first step toward the establishment of a new European system resting on a set of international rules of conduct and a modicum of shared values, even if they were professed more than practiced. It was a major turning point and remains both a symbol of and a clear stepping stone toward the overcoming of the Cold War in 1990.«; vgl. auch *Jussi M. Hanhimäki*, *Conservative Goals, Revolutionary Outcomes: The Paradox of Détente*, in: *CWH* 8, 2008, S. 503–512.

143 So im Anschluss an Arons Definition des Kalten Kriegs aus dem Jahr 1947 (»Friede unm glich – Krieg unwahrscheinlich«) *Klaus Hildebrand*, *Der Kalte Krieg als Détente. Die Phänomenologie der Staatenwelt während der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts*, in: *Karl Dietrich Bracher/Hans-Adolf Jacobsen/Volker Kronenberg* u. a. (Hrsg.), *Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag*, Bonn 2009, S. 111–125, hier: S. 125.

144 *Leopoldo Nuti* (Hrsg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985* (Cold War History Series, Bd. 23), Routledge, London/New York 2009, 285 S., geb., 75,00  , S. 7.

145 *Ennio Di Nolfo*, *Der Kalte Krieg: Definitionen und Chronologie*, in: *Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen K sters/Günter Buchstab* (Hrsg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999, S. 465–476.

Das Buch enthält Abschnitte über die Reaktion auf die Schlussakte von Helsinki sowie die Madrider Nachfolgekonferenz, über die wirtschaftliche Entwicklung in West und Ost und deren Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen und über konzeptionelle Ansätze zur Deeskalation des Ost-West-Gegensatzes. Die meisten Beiträge sind, in Anlehnung an Nutis Hauptarbeitsgebiet¹⁴⁶, militärstrategischen und sicherheitspolitischen Fragen gewidmet, angefangen beim NATO-Doppelbeschluss über das SDI-Programm Präsident Ronald Reagans bis hin zu Bedrohungsperzeptionen und Kriegführungsszenarien, bei denen Anfang der 1980er Jahre auf beiden Seiten die Falken den Ton angaben. Wie nahe die beiden Militärblöcke tatsächlich an einem »showdown« waren¹⁴⁷, muss selbstverständlich offen bleiben. Was klar zutage tritt, ist die Gleichzeitigkeit von Entspannung und Konflikt. In Europa ging ungeachtet der Auseinandersetzung um Mittelstreckenraketen und atomare Rüstung sowie der Einführung des Kriegsrechts in Polen von beiden deutschen Staaten und von den N+N-Staaten ein starker Impuls für ein Eigenleben der Entspannung aus. Gleichzeitig war Europa keine Insel, weil es sicherheitspolitisch in den Antagonismus der Supermächte eingebunden war. Hier zeigte sich, dass auf die politischen und wirtschaftlichen Kooperationsformen, die der KSZE-Prozess hervorbrachte, keine Entsprechung im sicherheitspolitischen Bereich gefolgt war. Rüstungsbegrenzungsabkommen, wie die 1972 zwischen Washington und Moskau abgeschlossenen Verträge, öffneten nicht die Tür zu Abrüstungsschritten. Ganz im Gegenteil ließen sie Maßnahmen zur – wie der Euphemismus lautete – Modernisierung von Waffensystemen zu, so dass allen entspannungspolitischen Schritten ein ungebrochener Rüstungswettkampf gegenüberstand. Zeitgleich mit dem Ende des Madrider KSZE-Folgetreffens im Herbst 1983, wo die Einberufung der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) für 1984 beschlossen wurde, kam es in der Sowjetunion zu einer Aufwallung von Kriegshysterie, die die NATO-Übung »Able Archer« im November 1983 noch einmal verstärken sollte.¹⁴⁸

War das nun die »Rückkehr des Kalten Kriegs«? Oder handelte es sich um die Kontinuität eines Problems, das auch in den Jahren der Entspannung nicht gelöst worden war? Weiterhin: Falls es sich um die »Rückkehr des Kalten Kriegs« gehandelt hat, muss dem etwas vorausgegangen sein, was nicht dem Zustand des Kalten Kriegs entsprach und was gemeinhin als Détente oder Entspannung bezeichnet wird. Wenn es aber eine spezifische Differenz zwischen Détente und Kaltem Krieg gibt, eignet sich der Begriff des Kalten Kriegs nicht als umfassende Epochenbezeichnung für den gesamten Zeitraum zwischen den späten 1940er Jahren und 1989/90.¹⁴⁹ Darum ist wiederholt vorgeschlagen worden, den Terminus »Ost-West-Konflikt« als Oberbegriff zu verwenden.¹⁵⁰ Um die Variabilität

146 *Leopoldo Nuti*, *La sfida nucleare. La politica estera italiana e le armi nucleari. 1945–1991*, Bologna 2007.

147 *Ders.*, Introduction, in: *ders.*, *Crisis*, S. 1–8, hier: S. 4.

148 Dazu *Vojtech Mastny*, »Able Archer«. An der Schwelle zum Atomkrieg?, in: *Greiner/Müller/Walter*, *Krisen*, S. 505–522; *ders.*, How Able was »Able Archer«? Nuclear Trigger and Intelligence in Perspective, in: *JCWS* 11, 2009, S. 108–123.

149 Zu einer Hilfskonstruktion greift *Hanhimäki*, wenn er die Détenteära als »middle cold war« bezeichnet; *Jussi M. Hanhimäki*, *Détente in Europe, 1962–1975*, in: *Leffler/Westad*, *Cambridge History*, Bd. 2, S. 198–218, hier: S. 198.

150 Genannt seien nur *Link*, *Ost-West-Konflikt*; *Michael D. Intriligator/Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), *East-West Conflict. Elite Perceptions and Political Options*, Boulder/London 1988; *Wilfried von Bredow*, *Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts*, Darmstadt 1992, S. 7 ff.; *Senghaas*, *War der Kalte Krieg ein Krieg?*, S. 304; *Eckart Conze*, *Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts*, in: *VfZ* 46, 1998, S. 269–282; *Dülffer*, *Europa*, S. 4 f.; *Bange/Niedhart*, *Helsinki 1975*, S. 7. Soutou spricht von den Ost-West-Beziehungen als einem 50-jährigen Krieg und

des Konfliktaustragens besser zum Ausdruck bringen zu können, wurde auch von Ost-West-Beziehungen gesprochen, in deren Verlauf »Wechselschritte« in der Spannung von »Konfrontation« und »Détente« auszumachen seien.¹⁵¹ Auf größere Resonanz sind solche Differenzierungen freilich nicht gestoßen. Als griffiger geltende Formel hat sich Cold War beziehungsweise Kalter Krieg unverrückbar festgesetzt.¹⁵²

In der historiografischen Praxis herrscht einerseits die Macht der Gewohnheit. Andererseits ist eine terminologische Vieldeutigkeit zu registrieren, die aber in der Regel hingenommen wird. Dies gilt auch für die Herausgeber eines Konferenzbandes über das »Ende des Kalten Kriegs«.¹⁵³ Schon auf der ersten Seite der Einleitung gebrauchen sie »East-West conflict« und »Cold War« synonym. Da sich die Autoren mit der Auflösung des Konflikts befassen, kann das Problem seiner Periodisierung weitgehend ausgeblendet bleiben. Zugleich wird insofern doch darauf eingegangen, als die ost-westliche Beziehungsgeschichte in ihren Überlappungen von Antagonismen und kooperativen Elementen als wellenförmiger Prozess mit wechselnden Strömungen dargestellt wird. Die zweite Hälfte der 1980er Jahre erscheint nicht so sehr als neuer Abschnitt des Ost-West-Konflikts, der auf den sogenannten »zweiten« Kalten Krieg folgte, sondern eher als letzter Akt eines langen konfliktreichen Dramas mit friedlichem Ausgang.

Die Hauptakteure sind die Europäer in West und Ost einschließlich der Sowjetunion in der Ära Gorbatschow, wobei auch in diesem Band in erster Linie staatliches Handeln untersucht wird und die Gesellschaftswelt ungebührlich im Hintergrund bleibt. Es versteht sich von selbst, dass die USA auch bei dieser Betrachtungsweise nicht von der Bühne verdrängt werden können. Was aber dezidiert vermieden werden soll, ist der Blick auf das Geschehen allein durch das Supermachtprisma.¹⁵⁴ Es gelte, die Bedeutung von »genuinely European processes« für den Gang der Ost-West-Beziehungen in Rechnung zu stellen.¹⁵⁵ Dazu zählen die Autoren erstens die westeuropäische Integration, die das deutsche Machtpotenzial kontrollierend eingebunden und die graduelle Öffnung der Sowjetunion gegenüber dem Westen befördert habe, zweitens den aus der Entspannungspolitik resultierenden Helsinki-Effekt mit seiner politischen, psychologischen und kulturellen Ausstrahlung und drittens Reformschritte in Osteuropa, die für die Selbstbefreiung der dortigen politischen Systeme und Gesellschaften unverzichtbar gewesen seien. Der friedliche und zugleich fundamentale Wandel, der sich 1989/90 unter Einschluss der deutschen Frage voll-

vermeidet als Oberbegriff den Terminus »Kalter Krieg«; *Georges-Henri Soutou*, *La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001.

- 151 *Gustav Schmidt*, *Konfrontation und Détente, 1945–1989. Wechselschritte zur Friedenssicherung*, in: *ders.* (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989*, Bd. 3, Bochum 1995, S. 15–33.
- 152 Schmidt konzediert dies mit einem gewissen Achselzucken: »The situation in Europe resembled neither peace nor war; *East-West Conflict: Confrontation and Détente* expresses the ambiguity, but this label is less eye-catching.«; *Gustav Schmidt*, *The Cold War*, in: *Neil J. Smelser/Paul B. Baltes* (Hrsg.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Bd. 4, Amsterdam 2001, S. 2194–2200, hier: S. 2194 (Herv. i. O.); *Stöver*, *Der Kalte Krieg*; *Norbert F. Pötzl/Rainer Traub* (Hrsg.), *Der Kalte Krieg. Wie die Welt den Wahnsinn des Wettrüstens überlebte*, München 2009.
- 153 *Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/N. Piers Ludlow* u. a. (Hrsg.), *Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal* (Cold War History Series, Bd. 19), Routledge, London/New York 2008, 288 S., geb., 160,00 \$.
- 154 Dazu schon eindringlich *Geir Lundestad*, *The European Role at the Beginning and Particularly at the End of the Cold War*, in: *Olav Njølstad* (Hrsg.), *The Last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation*, London/New York 2004, S. 60–79; vgl. auch *ders.*, *The Cold War According to John Gaddis*, in: *CWH* 6, 2006, S. 535–542.
- 155 *Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/N. Piers Ludlow* u. a., *Introduction*, in: *Bozo/Rey/Ludlow*, *Europe*, S. 1–8, hier: S. 4.

zog, wurzele im Geflecht dieser sich wechselseitig verstärkenden Prozesse. Der nationale Blick auf die Geschichte wird hier ebenso relativiert wie eine personenorientierte Sicht der Dinge, was aber keineswegs heißt, dass nationale Positionen (etwa Frankreichs Versuch, die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats von der vorherigen Schaffung einer gesamteuropäischen Ordnung abhängig zu machen) oder situatives Entscheidungshandeln (Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 oder Gorbatschows Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands am 31. Mai 1990 in Washington) außer Acht bleiben.

Letzteres verdeutlichen auch zwei Monografien, die das Ende des Ost-West-Konflikts aus der Perspektive führender Politiker behandeln. Frédéric Bozos schon 2005 in Frankreich publizierte Studie über Präsident François Mitterrands Reaktion auf den weltpolitischen Wandel zwischen dem Fall der Mauer 1989 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 liegt jetzt auch in einer englischen Übersetzung vor.¹⁵⁶ Dafür hat Bozo ein kurzes Nachwort (»Twenty Years After«) mit einer positiv ausfallenden Bilanz französischer Europapolitik und der seit 1989 entstandenen europäischen Identität und Handlungsfähigkeit verfasst. Dies kommt nicht von ungefähr, war doch Europa seit jeher der Rahmen, in den Frankreich die deutsche Frage eingebettet sehen wollte. Ohne das europäische Korsett, so Mitterrand gegen Ende seiner ersten Präsidentschaft im Februar 1987, werde Deutschland zwischen Ost und West pendeln. Als Ost und West verschwanden, behielt Europa als Anker für Deutschland und als Gewähr von Sicherheit vor Deutschland seine Funktion, nun allerdings in doppelter Weise. Zum einen drang Mitterrand auf eine Vertiefung der europäischen Integration in Gestalt der Europäischen Union. Zum anderen schwebte ihm vor, zunächst Gorbatschows Idee vom »gemeinsamen Haus Europa« aufzugreifen und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten an die Herstellung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen unter Einschluss der Sowjetunion zu koppeln. Mitterrand wollte einen geordneten multilateralen Ablauf sichergestellt wissen und nichts übereilen. Als die Ereignisse davonliefen, stellte er sich allerdings ohne zu zögern auf den »Boden der Realitäten«¹⁵⁷ und plädierte Ende Mai 1990 im Sinne der von Präsident George H. W. Bush und Bundeskanzler Kohl eingenommenen Position gegenüber dem zögernden Gorbatschow zugunsten einer NATO-Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschland. Kurzum: »At no moment did French diplomacy seek to slow down, let alone impede, German unification.«¹⁵⁸

Während Bozo streng chronologisch verfahrend aus einer dichten Aktenüberlieferung schöpft, dabei allerdings auf nicht-französische Archivalien völlig verzichtet, verfügte Andrei Grachev bei der Abfassung seines Buchs über die Außenpolitik Gorbatschows nicht über das Schriftgut in Moskauer Archiven.¹⁵⁹ Stattdessen konnte er auf die Aussagen von Gorbatschow selbst und einiger seiner Berater zurückgreifen sowie auf seine eigenen Erinnerungen, gehörte er doch selbst zu diesem Beraterkreis. Grachev wehrt sich gegen zwei Versionen westlicher Siegesstimmung. Das Ende des Ost-West-Konflikts sei weder auf eine westliche Politik der militärischen Stärke zurückzuführen noch auf die Unterhöhlung der kommunistischen Herrschaft durch den Helsinki-Effekt. Vielmehr sei ein langsamer Prozess der Selbstbefreiung von ideologischen Vorgaben und imperialen An-

156 *Frédéric Bozo*, Mitterrand, the End of the Cold War and the German Unification (Berghahn Monographs in French Studies, Bd. 9), Berghahn Books, New York/Oxford 2009, 417 S., geb., 110,00 \$; vgl. auch den materialreichen Aufsatz *Frédéric Bozo*, »Winners« and »Losers«: France, the United States, and the End of the Cold War, in: *Diplomatic History* 33, 2009, S. 927–956.

157 *Bozo*, Mitterrand, S. 253.

158 *Ebd.*, S. XXII.

159 *Andrei Grachev*, Gorbachev's Gamble. Soviet Foreign Policy and the End of the Cold War, Polity Press, Cambridge 2008, 271 S., geb., 20,00 £.

sprüchen dafür verantwortlich. Ansätze dafür findet der Autor seit den 1960er Jahren unter Akademikern des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO), des Instituts für USA- und Kanada-Studien sowie bei den Parteiintellektuellen der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU.¹⁶⁰ Aus diesen Kreisen, die eine stärkere Dialogbereitschaft mit dem Westen anmahnten, sind verschiedene Berater Gorbatschows hervorgegangen, bei dem seit 1985 politische Macht und Reformwille in einer Person vereinigt waren.

Grachev lässt den Kalten Krieg schon 1988 enden, als Gorbatschow in einer ideologischen Kehrtwendung den Absolutheitsanspruch der »fortschrittlichen Kräfte« des Kommunismus aufgab und die Entideologisierung der sowjetischen Außenpolitik erklärte. Wenn er vom Kalten Krieg spricht, meint er damit den gesamten Zeitraum der Ost-West-Beziehungen seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre. Ob eine derartige Verwendung des Begriffs angemessen ist, wurde oben schon kurz angesprochen und soll abschließend im Lichte der hier besprochenen Literatur noch einmal problematisiert werden. Dabei geht es vorrangig um die Periodisierung des Ost-West-Konflikts, wie er als realer Konflikt stattfand, darüber hinaus aber auch um die wahrgenommene Realität, um die Imagination des Konflikts. Wie dringend eine terminologische Klärung ist, zeigt etwa der Titel von Wettigs Buch, wo »Cold War« und »East-West Conflict« nebeneinander stehen. Damit wird signalisiert, dass der Kalte Krieg nicht mit dem Ost-West-Konflikt identisch ist. Den Kalten Krieg lässt Wettig 1947 beginnen, während der Ost-West-Konflikt zu diesem Zeitpunkt schon andauerte.¹⁶¹ Als zeitlich begrenzte Konfliktform erscheint der Kalte Krieg auch bei Suppan und Mueller, die zwischen »Cold War« und »Détente« als einander sich ablösende Beziehungsmuster unterscheiden. Als Höhepunkt der Détente gilt vielfach der KSZE-Gipfel in Helsinki 1975. Für die Zeit danach sprechen sie von »breakdown of détente« und »the next peak of the Cold War«.¹⁶²

Die Deutung dieses ost-westlichen Spannungszustands, der auf das Wettrüsten und die Interventionen in der »Dritten Welt« zurückzuführen war, als »zweiter Kalter Krieg« ist, wie schon erwähnt, weit verbreitet.¹⁶³ Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, den »zweiten« Kalten Krieg, wenn er denn überhaupt stattgefunden hat, nicht mit dem »ersten« gleichzusetzen. So spricht Bozo zwar von »new Cold War« zu Beginn und »new détente« in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, ergänzt allerdings, Mitterrand habe die Errungenschaften der Détente im nicht-militärischen Bereich unbedingt erhalten wollen.¹⁶⁴ Villaume und Westad gehen so weit, von »lasting détente« in Europa und »continuation of the European détente process« in Abgrenzung von dem »breakdown of superpower détente« zu sprechen.¹⁶⁵ Übereinstimmend mit Michael Cox wird man nicht von einer Einbahnstraße sprechen wollen, auf der der »process of European rapprochement« mit logischer Konse-

160 Ohne dass Grachev davon Kenntnis nimmt, hat darauf bereits verwiesen *Marie-Pierre Rey*, *The Mejdunarodniki in the 1960s and the First Half of the 1970s. Backgrounds, Connections, and the Agenda of Soviet International Elites*, in: *Loth/Soutou*, *Making of Détente*, S. 51–65; *dies.*, *The USSR and the Helsinki Process, 1969–75: Optimism, Doubt, or Defiance?*, in: *Wenger/Mastny/Nuenlist*, *Origins*, S. 65–81, hier: S. 72 ff.

161 Wettigs Ziel ist es, den »East-West conflict as seen and handled by the USSR« darzustellen. Dabei unterscheidet er zwischen »more or less outspoken East-West tension from 1939 through 1947« und »open outbreak of the Cold War in mid-1947«; *Wettig*, *Stalin*, S. 1.

162 *Wolfgang Mueller*, *Peaceful Coexistence, Neutrality, and Bilateral Relations Across the Iron Curtain*: Introduction, in: *Suppan/Mueller*, »Peaceful Coexistence«, S. 7–28, hier: S. 26 f.

163 Vgl. etwa *Wolfrum*, *Die Mauer*, S. 103; *Cull*, *Cold War*, S. 492; *Nuti*, *Introduction*, S. 1.

164 *Bozo*, *Mitterrand*, S. 8; vgl. auch *Oliver Bange*, »Keeping détente alive«. *Inner-German Relations under Helmut Schmidt and Erich Honecker, 1974–1982*, in: *Nuti*, *Crisis*, S. 231–243.

165 *Poul Villaume/Odd Arne Westad*, *Introduction. The Secrets of European Détente*, in: *dies.*, *Perforating*, S. 7–17, hier: S. 7 und 13.

quenz (»logically or inevitably«) zu den Ereignissen von 1989/90 geführt hat.¹⁶⁶ Aber eine Rückkehr des Kalten Kriegs hat es nicht gegeben. Nicht jeder Spannungszustand lässt sich als Kalter Krieg beschreiben, wenn man darunter die Art der Konfrontation versteht, wie sie während der »langen« 1950er Jahre bestand. Deren Merkmale waren Hochrüstung im konventionellen und nuklearen Bereich, Infragestellung des Status quo durch Drohpolitik, innergesellschaftliche Mobilisierung und Formierung von Blockdisziplin durch Feindbildprojektion und Schüren von Vernichtungsangst sowie Autismus der Konfliktparteien. Dieser Zustand der »globalen« und »totalen« machtpolitischen und ideologischen Konfrontation unterhalb der Schwelle zum Krieg war zeitlich eindeutig begrenzt.¹⁶⁷ In diesem Sinn hat Westad an einer Stelle treffend vom »Cold War conflict in its 1940s and 1950s form« gesprochen.¹⁶⁸ Loth nennt den Kalten Krieg einen »Aggregatzustand« des Ost-West-Konflikts, »der in unterschiedlichen Dosierungen aufgetreten ist«, hält es aber nicht für möglich, »klar abgegrenzte Zeiträume des Kalten Kriegs innerhalb der Ära des Ost-West-Konflikts auszumachen.«¹⁶⁹ Michael Lemke dagegen will den Kalten Krieg auf eine Phase des Ost-West-Konflikts beschränkt wissen, die »1946 und 1947 allmählich einsetzte« und nach dem »Ende der »Doppelkrise« Berlin/Kuba« von der »Phase der Détente« abgelöst wurde.¹⁷⁰ Wie oben gesehen dauerte in dieser Phase der ideologische Konflikt an und hörte das Wettrüsten nicht auf. Der fortbestehende Antagonismus wurde aber durch »Kommunikations- und Kooperationsstrukturen« ergänzt¹⁷¹, die Feindbilder zurücktreten ließen und auf verschiedensten Gebieten zu Vereinbarungen und Vertragsabschlüssen führten. So fragil das »Netz kooperativer Ost-West-Beziehungen« auch war¹⁷², es wurde selbst auf der Ebene der Supermächte nie gänzlich zerrissen. Insofern erscheint es in der Tat »zweifelhaft«, ob es sinnvoll ist, von einem »zweiten Kalten Krieg« zu sprechen.¹⁷³

So aussichtslos das Plädoyer auch erscheint: Um zwischen unterschiedlichen Formen des Konfliktaustrags unterscheiden zu können, sollte vom Ost-West-Konflikt als Epochenbezeichnung gesprochen werden und nicht vom Kalten Krieg. Wählt man »Kalter Krieg« als Oberbegriff und definiert ihn als Konfrontation zweier hochgerüsteter Blöcke, »die sich ganz so benehmen, als befänden sie sich trotz des Friedenszustandes, der rein völkerrechtlich herrschte, permanent im Krieg«¹⁷⁴, so verfehlt man sowohl die blockinter-

166 Michael Cox, Who Won the Cold War in Europe? A Historical Overview, in: Bozo/Rey/Ludlow, Europe, S. 9–19, hier: S. 15.

167 Kreuzberger, Kampf, S. 529: »Der Kalte Krieg war ein globaler und totaler Krieg, der unterhalb der Schwelle einer »heißen« atomaren Auseinandersetzung an vielen Fronten geführt wurde«.

168 Westad, New International History, S. 563. Dabei handelt es sich um eine eher beiläufige Formulierung Westads, der in diesem Aufsatz an »Cold War« als Oberbegriff festhält.

169 Wilfried Loth, Langer Friede oder Fünfzigjähriger Krieg? Der Kalte Krieg in historischer Perspektive, in: Hans Ehlert/Matthias Rog (Hrsg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ereignisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 67–82, hier: S. 77f; für die englische Fassung dieses Aufsatzes Wilfried Loth, The Cold War. What It Was About and Why It Ended, in: Villaume/Westad, Perforating, S. 19–34, hier: S. 30 f.

170 Michael Lemke, Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963, in: Greiner/Müller/Walter, Krisen, S. 204–243, hier: S. 205.

171 So schon zeitgenössisch Helga Haftendorn, Bedingungen einer Politik der Entspannung, in: Manfred Funke (Hrsg.), Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1975, S. 241–245, hier: S. 242.

172 Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 164.

173 Lemke, Berlinkrisen, S. 205; vgl. auch Csaba Békés, Why Was There No »Second Cold War« in Europe? Hungary and the East-West Crisis Following the Soviet Invasion of Afghanistan, in: Heiss/Papacosma, NATO, S. 219–232; Vladislav Zubok, The Soviet Union and Détente of the 1970s, in: CWH 8, 2008, S. 427–447, hier: S. 444.

174 So die Einleitung zu Greiner/Müller/Walter, Heiße Kriege, S. 7.

ne Dynamik als auch den Wandel in den Beziehungen zwischen den Blöcken. Beides war weniger statisch, als es der Begriff »Kalter Krieg« nahelegt. Das beste Beispiel dafür, dass Historiker den Begriff des Kalten Kriegs als Epochenbegriff benutzen und damit *Kontinuität* suggerieren und gleichzeitig im Widerspruch dazu über Handlungsformen, wirtschaftliche Konstellationen oder Perzeptionsmuster im *Wandel* reflektieren können, ist die Cambridge History of the Cold War. In ihren drei Bänden erscheint der »Cold War« in der realen Vielfalt seiner Verlaufs- und Zustandsformen. Als Begriff, der 1946/47 populär wurde und sich seitdem in den Köpfen festgesetzt hat, ist »Cold War« zur Erfassung von vier Jahrzehnten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wenig geeignet.

Dass die Metapher des Kalten Kriegs dennoch, wie es scheint, in der Sprache von Historikern und Publizisten fest verankert ist und auf vermeintlich analoge Fälle unbesorgt weiterhin angewandt wird, ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Dimension des Kriegs in den Deutungen des Ost-West-Konflikts und in den Alpträumen der Menschen, die Zeit-historiker eingeschlossen, stets vorhanden war. Krieg meinte zum einen, dass es in diesem säkularen Konflikt zwischen den Ideologien des Westens und des Ostens keinen Ausgleich geben konnte. »Jeder war eingespannt in einen Kampf, der Krieg war, auch wenn er kalt blieb«, schreibt Egon Bahr im Rückblick.¹⁷⁵ In diesem »Kampf« konnte es nur einen Sieger geben. Ihn zu verlieren, bedeutete das Ende des eigenen Gesellschaftsentwurfs. Der »Kampf, der Krieg war«, war kein »wirklicher Krieg«¹⁷⁶, aber der Systemkonflikt stellte nur die eine Seite der Konfrontation dar. Die andere Seite war der Machtkonflikt zwischen den Imperien der Supermächte. Auch wenn die Schwelle zum Krieg dabei nicht überschritten wurde, nie war mit Gewissheit auszuschließen, dass dieser Fall doch eintreten könnte. Die Spannung zwischen dem realen Nichtkrieg und dem imaginierten Krieg löste sich erst auf, als die Teilung Europas überwunden werden konnte.

175 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 261.

176 Anders Holger Nehring, *Angst, Gewalterfahrungen und das Ende des Pazifismus. Die britischen und westdeutschen Proteste gegen Atomwaffen, 1957–1964*, in: Greiner/Müller/Walter, *Angst im Kalten Krieg*, S. 436–464, hier: S. 462 f.: »Denn der Krieg in Europa war ja einerseits ein wirklicher Krieg zwischen zwei Systemen, andererseits wurde er nicht durch direkte Angriffe auf den Körper geführt. [...] Kriegssimulationen und Kriegsimaginationen waren Teil dieses wirklichen Krieges«.